

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung in die Hand zu nehmen. Im Vorfeld wurden wieder einige Stücke zusammengestellt, die wir quasi jetzt als schon beschlossen werten können. Es sind dies das Stück Nummer 5), es ist das Stück Nummer 7), das Stück Nummer 8). Ich möchte aber nur darauf hinweisen, dass wir heute zwei Stücke, jeweils mit Parallelstücken, zu beschließen haben, das heißt, wir werden beim Stück Nummer 6) gemeinsam mit dem Stück Nummer 12) abstimmen und wir werden beim Stück Nummer 9), Flächenwidmungsplan, vorher das Stück Nummer 20), das ist der Vertrag bei Smart City, zu beschließen haben. Als beschlossen gelten noch die Stücke 14) und 15), wobei das Stück Nummer 15) gegen die Stimmen der KPÖ und gegen den Herrn Gemeinderat Pacanda beschlossen wurde. Das Stück Nummer 17) wurde abgesetzt, das Stück Nummer 18) gilt als einstimmig beschlossen, ebenso das Stück Nummer 19), und das Stück Nummer 22) war ursprünglich auf der nicht öffentlichen Tagesordnung, das gilt auch als beschlossen, sehe ich gerade.

5) A 8-6642/2013-87

Abteilung für Immobilien,
GBG-Mieten,
Kreditansatzverschiebung von
€ 3.287.800,- bzw. € 3.386.400,- in der OG
2013 bzw. 2014

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 beschließen:

In der OG 2013 bzw. 2014 werden folgende Budgetveränderungen genehmigt:

Fipos	Bezeichnung	Veränderung 2013	Veränderung 2014
1.84000.700505	Mietzinse, GBG-Mieten		
	Anordnungsbefugnis: A 8/4	3.287.700	3.386.400
1.84000.700515	Mietzinse, GBG-Mieten		
	Anordnungsbefugnis: A 8/4	-3.287.800	-3.386.400

7) A 8/4-22832/2011

Puntigamer Straße 7 – Gehsteig
Übernahme einer ca. 42 m² großen
Teilfläche der Gdst.Nr. 207/14 und .284,
EZ 438, KG 63113 Liebenau in das
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Übernahme einer ca. 42 m² großen Teilfläche der Gdst.Nr. 207/14 und .284, EZ 438, KG 63313 Liebenau, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt gemäß § 15 LiegTeilG.

8) A 8/4-20474/2006

Moelkweg – Waltendorfer Hauptstraße
Grundstücksbereinigung
Auflassung vom öffentlichen Gut der
Stadt Graz einer ca. 69 m² großen Tfl. des
Gdst.Nr. 656, EZ 50000, KG Waltendorf
und unentgeltliche Übertragung an das
Land Steiermark – Landesstraßen-
verwaltung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

1. Die Auflassung einer ca. 69 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 656, EZ 50000, KG Waltendorf, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die unentgeltliche Übertragung der in Pkt. 1. angeführten Teilflächen des Gdst.Nr. 656, EZ 50000, KG Waltendorf, in das öffentliche Gut des Landes Steiermark – Landesstraßenverwaltung und die Zuschreibung zum Gdst.Nr. 1051, EZ 2421, KG Waltendorf, wird genehmigt.

NT 14) A 8-6642/2013-37

Feuerwehr und Katastrophenschutz
Fahrzeuge,
Projektgenehmigung über € 120.000,- in
der AOG 2013-2015

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

In der AOG 2013-2015 wird die Projektgenehmigung

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2013	MB 2014	MB 2015
Feuerwehr, MZF-Fahrzeuge	120.000	2013-2015	0	0	120.000

NT 15) A 8-18782/2006-105
A 8-20081/2006-125

Energie Graz GmbH
Richtlinien für die außerordentliche
Generalversammlung am 29.11.2013
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz;
Stimmrechtsermächtigung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 in der Fassung LGBl.Nr. 87/2013 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Energie Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, (sowie analog der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH, im Folgenden kurz Holding Graz bzw. deren Tochtergesellschaft Energie Graz Holding GmbH) wird ermächtigt in der am 29.11.2013 stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Energie Graz GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls der o. Generalversammlung der Energie Graz GmbH vom 29.4.2013
2. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2014 sowie Kenntnisnahme der Mittelfristplanung der Jahre 2015-2018 der Energie Graz GmbH & Co KG.

NT 18) A 8-25167/2006-45

EIB-Finanzierung für Grazer ÖPNV-
Investitionen

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen:

Der Abschluss des Finanzierungsvertrages mit der EIB gemäß Entwurf laut Beilage sowie die Aufnahme der ersten Tranche von 50 Millionen Euro zu den im Motivenbericht genannten Konditionen wird genehmigt.

NT 18) F-006230/2005-30

Änderung der Entgeltordnung

Der Ausschuss für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die überarbeitete Entgeltordnung 2013 tritt mit Wirksamkeit ab 1. Dezember 2013 in Kraft.

NT 22) A 8-20081/2006-108
A 8-21515/2006-163

Holding Graz –
Kommunale Dienstleistungen GmbH
Richtlinien für die Generalversammlung
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Investition in Höhe von € 15,85 Millionen
(Kommunalwerkstätte Sturzgasse 5-7)
Grundsatzbeschluss

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Mittelfristplanung der Holding wird in den Jahren 2015 bis 2017 um diese Investition erweitert.

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH und in der Generalversammlung der GBG – Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gem. § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur oben beschriebenen Investition Kommunalwerkstätte Sturzgasse 5-7 (€ 15,850 Mio.) gemäß § 15 Abs. 7 lit c des Gesellschaftsvertrages der Holding Graz.

Die Tagesordnungspunkte 5), 7), 8), NT 14), NT 18), NT 19) und NT 22) wurden einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt NT 15) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

1) A 1-1567/2003-2

Richtlinien für die Ausbildung für die
Bediensteten der Abteilung
Katastrophenschutz und Feuerwehr der
Landeshauptstadt Graz

GR. **Pogner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! In dem Stück geht es um die Richtlinie über die Ausbildung für die Bediensteten der Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz. Der Gemeinderat hat am 28.6.2001 die Prüfungsordnung für die Feuerwehr beschlossen und diese Beschlusslage von damals, die Verordnung von damals, muss also jetzt aufgrund der tatsächlichen Veränderungen, die es gegeben hat, aktualisiert werden und dabei ist es so, dass eine Aktualisierung nicht mehr wirklich durchführbar war, sondern dass man daher übergegangen ist, eine Novellierung und eine Gesamtreform durchzuführen. Wir haben das Stück im Ausschuss eingehend beraten und haben das einstimmig beschlossen und ich bitte um Annahme, dass die geänderten Richtlinien angenommen werden. Dankeschön.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 87/2013 sowie gemäß § 17 Abs. 1 des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes, LGBl.Nr. 30/1974, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 42/2013 iVm § 68 Abs. 6 der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl.Nr. 30/1957, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. Die beiliegende „Richtlinie über die Ausbildung für die Vertragsbediensteten der Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz (Ausbildungsrichtlinie für die Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr) in der vorliegenden Fassung wird genehmigt.
2. Die Absolvierung des Einführungstages gemäß § 6 der Richtlinie über die Ausbildung für die Vertragsbediensteten der Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz ist Voraussetzung für die Übernahme in ein Vertragsbedienstetenverhältnis auf unbestimmte Zeit.

3. Für die Anstellung eines/einer

- Feuerwehrmannes/Feuerwehrfrau
- Technikers/Technikerin bei der Feuerpolizei/im Vorbeugenden Brandschutz
- Katastrophen-/Zivilschutzreferenten/in bzw.
- Technikers/Technikerin in der Nachrichtenabteilung

auf unbestimmte Zeit ist – zusätzlich zum Besuch des Einführungstages gemäß Pkt. 2 – die erfolgreiche Ablegung der

- Feuerwehrmann/frau-Prüfung und der Pflichtkursprüfungen für den Branddienst bzw.
- Prüfung über den jeweiligen Fachlehrgang für die Feuerpolizei (Entl.Gr. b bzw. c) bzw. über den Fachlehrgang für Amtssachverständige des Vorbeugenden Brandschutzes (Entl.Gr. b) bzw.
- Prüfung über den Fachlehrgang für den Katastrophen-/Zivilschutz bzw.
- Prüfung über den Fachlehrgang für die Nachrichtenabteilung

gemäß § 8 (1) Pkt. I. 1. und 2., II., III. bzw. IV. der Richtlinie über die Ausbildung für die Vertragsbediensteten der Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr der Landeshauptstadt Voraussetzung.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

2) A 1-1633/2003-9

Dienstzweigeverordnung für die
Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz -
Neufassung

GR. **Pogner**: Das nächste Stück, da geht es um die Dienstzweigeverordnung der Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz. Auch hier hat der Gemeinderat seinerzeit

einen Beschluss gefasst und bedingt durch die im Laufe der Jahre eingetretenen Entwicklungen und Änderungen der relevanten Bestimmungen erweist sich die gegenständliche Verordnung in einigen Punkten als überholt und unvollständig und soll aktualisiert werden, und aufgrund der Vielzahl der Novellierungen erscheint eine Gesamtreform im Wege einer kompletten Neufassung eher sinnvoll. Da möchte ich ein bisschen ausführen, da haben wir im Ausschuss etwas länger darüber diskutiert, da geht es unter anderem bei dieser Neufassung geht es darum, dass in Hinkunft bei der Feuerwehr nicht mehr nur Techniker und naturwissenschaftliche Ausrichtungen aufgenommen werden. Personen, die also diese Ausbildung haben, sondern dass man generell die Ausschreibung weiter fasst und da hat uns die FPÖ vor allem darauf aufmerksam gemacht, dass sie da etwas herauslesen, was so nicht im Stück festgeschrieben ist, aber sie sagen, dass wir aufgrund der Neuregelung dieser Richtlinien machen wir es etwas breiter für den Branddirektor, sich bewerben zu können. Hatten wir bisher in den alten Richtlinien noch vorgeschrieben drinnen, dass ein Studium notwendig ist und Voraussetzung ist, das haben wir in den neuen Richtlinien das etwas breiter gemacht und gesagt, wir haben nicht ein abgeschlossenes Studium, sondern auch die B-Wertigkeit, also sprich Matura, als Möglichkeit, sich um den Branddirektor und die Branddirektorin zu bewerben. Dazu muss man noch ausführen, dass selbstverständlich für diese Position eine ganz spezifische Feuerwehrausbildung notwendig ist und diese Ausbildung in Kooperation mit der beruflichen, also mit der schulischen Ausbildung, das ergibt dann also ein gewisses Spektrum. Wenn man jetzt sagt, man nimmt nur A-Wertigkeit, dann ist also das Spektrum der möglichen Bewerber sehr gering und wenn man sagt, man macht es ein wenig mehr auf und nimmt also auch Maturamöglichkeit dazu, dann haben viel mehr Personen die Chance, sich für diesen Job zu bewerben. Dazu kommt, dass wir ja Objektivierungsrichtlinien haben, ein Hearing ist angesetzt, das heißt, es sind in dieser Kommission, da ist eine Kommission, die das dann bewertet, die dann die Bewerber auf Herz und Nieren, wie man so schön sagt, abklopft und dann eine Entscheidung trifft. Und in dieser Kommission sitzt unter anderem der

Personaldirektor, der Magistratsdirektor sitzt da mit drinnen, es sitzt der oberste Personalvertreter drinnen und auch der Bürgermeister sitzt in der Kommission und ein Abteilungsvorstand wird dieser Kommission ebenfalls angehören. Also das heißt, man hat uns da im Ausschuss ein bisschen versucht, die Rutsche dorthin zu legen, dass man sagt, da hat man schon jemanden im Vorfeld vorbereitet, der dann auf jeden Fall diese Position erlangen wird. Da muss man ganz ehrlich sagen, das ist ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man eine Kommission hat, eine Kommission mit so honorigen Persönlichkeiten, dann wird sich da wirklich niemand auch nur etwas ans Zeug flicken lassen und zu sagen, da habe ich etwas gemauschelt. Das gibt es da nicht, wir haben eine Hearingkommission, wir haben die Objektivierungsrichtlinien und wie gesagt, und wir haben das jetzt, mit diesen neuen Richtlinien, mit der neuen Dienstzweigeverordnung ein wenig geöffnet, damit wir ein breiteres Spektrum an Bewerbern haben, die sich für diese Position des Banddirektors, der Branddirektorin auch bewerben können. Und in diesem Sinne haben wir im Ausschuss, wie gesagt, sehr gut und ausgiebig diskutiert, es ist uns sehr schlüssig präsentiert worden, warum das jetzt so ist, denn man kann sich vorstellen, wir hätten, wenn wir die Ausschreibung nach den alten Richtlinien gehabt hätten, hätte sich genau von der Feuerwehr eine Person bewerben können, jetzt haben wir die Möglichkeit, dass sich wirklich mehrere Persönlichkeiten bewerben konnten. Im Endeffekt haben wir dann im Ausschuss mit einer überwiegenden Mehrheit, zwar nicht einstimmig, aber mit einer überwiegenden Mehrheit diese Dienstzweigeverordnung angenommen und ich bitte auch jetzt, diese zu genehmigen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß §§ 2, 4 und 68 Abs. 3 und 6 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl.Nr. 30/1957, zuletzt geändert mit LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. Dem angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf einer Dienstzweigeverordnung für die Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr („Dienstzweigeverordnung für den Branddienst“) inklusive Dienstzweigeordnung (Anlage) wird zugestimmt.
2. Die Bestimmungen der beiliegenden Verordnung sind sinngemäß auch auf jene Bediensteten des Branddienstes der Feuerwehr anzuwenden, die nach den Bestimmungen des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes, LGBl.Nr. 30/1975, zuletzt geändert mit LGBl.Nr. 42/2013, in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Graz stehen, mit der Maßgabe, dass an Stelle des Begriffes „Beamten/innengruppe“ der Ausdruck „Dienstnehmer/innengruppe“ tritt.
Hinsichtlich der Bezeichnungen „Verwendungsgruppe“ sowie „Dienstklasse“ ist § 17 Abs. 1 lit b und c des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes anzuwenden.

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Damen und Herren! Gut gebrüllt Löwe, kann ich nur sagen. Also du hast das jetzt in allen Details die Sicht der Dinge von einem gewissen Blickwinkel, du bist der Meinung, sehr sachlich, ich bin jetzt auch der Meinung, dass ich das sehr sachlich aus meiner Sicht einmal erkläre. Man sollte nämlich eines wissen. Das ist ein anlassbezogenes Stück aus unserer Sicht, es geht konkret um die Neubesetzung des Kommandanten der Grazer Berufsfeuerwehr. Die Ausschreibung ist bereits gelaufen, die Interessenten haben sich beworben, Bewerbungsfrist ist zu Ende, die Grundlage der Ausschreibung fußt genau auf diese, Gemeinderatsstück, aber zu einem Zeitpunkt, wo es das Stück noch nicht gegeben hat, wo man entweder Wahrsager sein hat müssen, dass man sagt, das wird ganz sicher beschlossen vom Gemeinderat oder gewisse Überheblichkeit haben muss, dass man sagt, das beschließen sie schon, haben wir schon die Mehrheit, ist schon alles ausgemacht.

Und das ist das, was wir halt als schiefe Optik bezeichnen. Es gibt Ausschreibungen, man ebnet, es schaut aus, als ob man schon wüsste vielleicht sogar, welche Person oder welcher Personenkreis in Frage kommen würde für den Branddirektor. Der erfüllt offenbar oder die erfüllen offenbar die Anforderung A Beamter, also akademische Ausbildung, wird offenbar nicht erreicht, die Person soll es aber offenbar trotzdem sein, also müssen wir halt gesetzlich und wenn auch im Nachhinein eine sogenannte Reparatur, müssen wir halt mit Verordnung der Stadt Graz nachhelfen, dass man die Ausschreibung, ich betone, die schon gelaufen ist, die ist schon erledigt, Ausschreibungsfrist ist zu Ende, man kann sich nicht mehr bewerben, aber im Nachhinein reparieren wir es jetzt, dass die Ausschreibung im Nachhinein wieder legitim ist und deshalb wird es da von uns ganz sicher keine Zustimmung geben (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Wir haben drei Überlegungen, die ich Ihnen entgegenhalten möchte, weil das doch eine starke Unterstellung ist, die Sie da kundtun. Das Erste ist einmal, es gibt von uns gefordert eine wichtige Ausbildung, die du haben musst. Um heute Feuerwehroffizier zu sein, musst du, wenn ich so sagen darf, musst du viele Prüfungen ablegen, musst du dich auch wirklich eignen und ich wollte und möchte es auch da deutlich sagen, ich möchte auch allen Offizieren, die in der Stadt Graz, Dienst tun, die Chance geben, hier auch antreten zu können. Wir machen das auch nicht erstmalig, sondern wir haben das schon oft gemacht und wir können gerne das auch generell einmal anstellen, wir haben Abteilungsvorstände, die im Vorfeld Großartiges geleistet haben, die die Chance bekommen haben und die Abteilungsvorstand sind, ohne dass sie einen akademischen Titel vorweisen müssen. Ich sage jetzt gar keine Namen, aber alle hier im Saal wissen, dass wir einige Persönlichkeiten haben, wo wir sehr froh sind, dass sie trotz der Tatsache, dass sie keinen akademischen Abschluss haben, so Großartiges für

die Stadt Graz leisten. Zweitens möchte ich anmerken, dass wir auch wirklich überlegt haben, wie denn künftig die Feuerwehr geführt werden soll. Zum einen ist der Feuerwehrkommandant, den wir in der Stadt Graz haben, auch gleichzeitig für den Bezirk Graz zuständig, also für Graz und Graz-Umgebung, und ist der Bezirksfeuerwehrkommandant. Das heißt, er braucht einmal diese gute Ausbildung, wir haben auch lange mit der Magistratsdirektion darüber gesprochen, werden wir überhaupt jemanden finden, der diese Erwartungen, die wir haben, erfüllen kann, nämlich nicht nur auf der einen Seite den Branddienst großartig künftig zu regeln, sondern auf der anderen Seite auch die gesamte Abteilung mit all dem, was man an rechtlichem, wirtschaftlichem Know-how heutzutage braucht, führen zu können. Da ist in mir noch immer drinnen, dass wir jetzt auf die Suche gehen wollen, ob wir eine Persönlichkeit finden, die das beides schafft, wenn er es nicht schafft, gibt es auch noch immer die Möglichkeit zu sagen, man hat einen Abteilungsvorstand und der Branddirektor wird ihm quasi untergeordnet, braucht aber dann keinen eigenen Wirtschaftler mehr dazu. Wir haben das in der Vergangenheit erlebt, die ganzen Debatten und die Ausschreibung von Fahrzeugen, Renovierungen, Umbauten usw. hätten wir uns wahrscheinlich auch ersparen können, auf diesem Weg sind wir. Es kann zugehört werden, es wird eine Hearingkommission sein und es ist das, was Sie hier vorgetragen haben, Ihr Gedankenkonstrukt ist aber nicht meines und nicht unseres, das möchte ich schon sehr deutlich dazusagen. Es gibt ja auch politische Parteien, die stellen sich immer so dar, wir sind die Partei des kleinen Mannes, da hätten Sie durchaus einmal die Gelegenheit, auch zu sagen, geben wir auch jemandem einmal die Chance, da dranzukommen, indem er keine akademische Graduierung...

Zwischenruf GR. Hötzl: Hat nichts mit Schulbildung zu tun.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, eh nicht, aber Sie wollen jemanden ausschließen und ich sage ganz konkret, ich will unsere Feuerwehroffiziere, ich weiß auch nicht, wie viele sich da beworben haben, wie viele da dabei sind, aber ich wollte auch diesen die Chance geben, weil wir auch danach erst eine Entscheidung treffen werden, je nach Hearing, wie wir da künftig vorgehen werden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Was wir nicht machen wollen, und das habe ich auch im Ausschuss gesagt, dass wir irgendwas unterstellen wollen. Ich möchte wirklich betonen, es hat für uns eine schiefe Optik, die erahnen lassen könnte, dass man den Weg ebenen könnte für jemanden und das ist wirklich keinesfalls irgendeine Unterstellung. Was wir nur auch etwas sonderbar finden, in dem Gemeinderatsstück drinnen steht auch ein Datum, ab wann dieser Beschluss sozusagen Rechtsgültigkeit erlangen sollte, das ist der 1. Jänner 2014, also in eineinhalb Monaten, Ausschreibefrist haben wir laut Herrn Dr. Kalcher gehört oder Aushangfrist für diese Verordnung gibt es keine, die muss noch kundgetan werden, das heißt, es hätte auch nichts dagegengesprochen, das auf die nächste Sitzung zu vertagen, das wurde nachher so beschlossen, ok, auch von unserer Seite, dass man es nicht vertagen, sondern dass wir es eben beschließen mit den Gegenstimmen der FPÖ. Aber da ist eine gewisse Eile plötzlich da gewesen, keiner weiß, warum die Eile, warum die Nervosität. Aber Unterstellung, das möchte ich richtigstellen, Unterstellung ist das von uns ganz sicher keine, wir wollen, gerade deshalb, weil wir eben Transparenz haben wollen, weil wir das diskutieren wollen und weil man da eben keine, was man vermuten könnte, Freunderlwirtschaft haben wollen, ganz aus dem einfachen Grund (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nervosität gibt es keine, wir haben nur im Moment keinen Branddirektor und aus dem Grund wurde er ordnungsgemäß ausgeschrieben, auch mit den üblichen Abläufen und mit den Fristen, wir werden sehen, wie viele sich jetzt dann beworben haben, wir werden das sichten und wenn Sie vom Gegenteil überzeugt werden wollen, würde ich Sie dann einladen, kommen Sie einfach zuhören und dann werden wir eine gute Entscheidung wieder treffen.

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, lieber Christoph Hötzl! Ich möchte nur richtigstellen und ins rechte Licht rücken den Ablauf bei der Sitzung, denn wir haben in aller Ruhe über die sachlichen Argumente gesprochen, Dr. Kalcher hat ausgeführt, dass wir mit den Fristigkeiten in Wahrheit kein Problem haben, hätten durchaus auch dieses Zurückstellen zugelassen. Nur als es ein Gespräch gab zwischen dem Herrn Stadtrat Rüschi und Herrn Stadtrat Eustacchio kam ganz klar die Botschaft, dass ihr auch im Dezember nicht zustimmen werdet dem Vorgehen und der einzige Grund für eine Zurückstellung oder eine Verschiebung von Stücken ist in Wahrheit, dass man weiter darüber redet und sich unter Umständen eine Meinungsbildung ergibt, die dann ein anderes Abstimmungsverhalten an den Tag bringt. Nachdem das nicht abzusehen war, war klar, dass das Stück, das fertig zur Beschlussfassung daliegt, abgestimmt werden muss und dass man dann halt dagegen stimmen muss, wenn man dagegen ist und auch dagegen bleiben wird, das war der Grund, es hatte nichts mit Eile zu tun (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Christoph Hötzl! Auch wir haben die Befürchtung, dass mit diesem Stück die Richtung nicht die sein wird, ich will jetzt keinen Namen nennen, die Richtung nicht bestimmt

wird, wie es eigentlich sein sollte. Nach Gesprächen mit der Personalvertretung der BF allerdings, die auch dieses Stück begrüßen, sind wir nach Diskussion zur Einvernahme gekommen im Klub, diesem Stück zuzustimmen, weil es genau das ist, was die BF eigentlich braucht nach der vergangenen Situation, sie braucht Ruhe in ihren Reihen und wir sehen das so wie die Personalvertretung der BF, also dass mit diesem Stück diese Konsolidierung eben eintritt. Für uns war auch das Problem also dieser eine Herr, aber in der Ausschreibung steht eindeutig drinnen, dass eine brand- und feuerpolizeiliche Ausbildung vonnöten ist und somit war von uns diese Diskussion vom Tisch und wir sind deshalb zur Übereinstimmung gekommen, diesem Stück die Zustimmung zu erteilen. Nur rein, weil es uns auch ein Anliegen ist, dass in der BF endlich Ruhe eintritt, für uns ist es überhaupt keine Diskussion, dass wir dem Stück nicht die Zustimmung erteilen sollten (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pogner**: Ein ganz kurzes Schlusswort muss einfach sein, Christoph. Du hast gesagt, es wird was repariert. Reparieren kann ich nur dann etwas, wenn vorher etwas kaputtgegangen ist. Bei uns ist nichts kaputtgegangen, wir machen etwas besser, nämlich wir machen die Ausschreibung ein bisschen breiter, wir schauen, dass man mehr Leuten die Chance geben, sich bei der Berufsfeuerwehr zu bewerben, vor allem den Offizieren auch und dann möchte ich noch dazusagen, also das, was du eh gesagt hast, das habe ich nämlich vorher vergessen. Der Dienststellenausschuss hat sich voll und ganz auch auf die Seite gestellt und das ist das, was wir wollen. Der Zentralkommission, so habe ich die Signale... wird am Montag diesem Stück einhellig zustimmen, ich glaube nicht, dass es dort eine Gegenstimme geben wird, also das heißt, es ist breit goutiert worden. Es haben auch die Kommunisten, wie wir gehört haben, haben diskutiert und haben gesagt, im Sinne der Feuerwehr ist die Geschichte einfach eine gute Geschichte. Und daher noch einmal der Appell an euch, denkt noch einmal kurz bis zur Abstimmung darüber nach, ist nicht mehr allzu lange jetzt, ob man

nicht vielleicht doch, ob man nicht vielleicht doch diesem Stück die Zustimmung geben möchte, weil immerhin es geht um die Grazer Berufsfeuerwehr und die wollen wir besser aufstellen, als es vielleicht in der Vergangenheit war. Daher mit Unterstützung aller können wir das auch zusammenbringen. Bitte um Unterstützung und bitte um Zustimmung.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Berichterstatterin: Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck

3) A 6-058708/2013-01
A 8-6640/2013-32
A 8/4-058158/2013-02

Sozialpädagogische Einrichtung am Standort Grabenstraße 90b, 8010 Graz
Projektgenehmigung für den Abschluss einer mehrjährigen Fördervereinbarung mit dem Institut für Familienförderung GmbH; Fipos 1.43980.755000-001 in der DKL 06034
Gesamtaufwand: € 222.300,- und Einräumung einer Leihe an der Liegenschaft Grabenstraße 90b

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Galerie! Mit diesem Stück, mit diesem Tagesordnungspunkt Nummer 3) auf der heutigen Sitzung soll ein Neustart gelingen, ein Neustart einer Jugendwohngemeinschaft, die durch schreckliche Vorkommnisse erschüttert wurde. Sie alle wissen, dass, zu Beginn dieses Jahres wurde es öffentlich, dass in dieser Einrichtung wirklich etwas Unglaubliches passiert ist, dass nämlich dort lebende betreute Mädchen jahrelang unbemerkt, von allen unbemerkt, von den dort wohnenden Burschen sexuell missbraucht und vergewaltigt worden sind.

Mittlerweile hat die Gerichtsverhandlung stattgefunden und die Täter sind rechtskräftig verurteilt worden. Die Opfer, die Mädchen, denen geht es, Gott sei Dank, den Umständen entsprechend einigermaßen gut. Nachdem das bekannt geworden ist, habe ich dem Jugendamt einen Auftrag gegeben, nämlich ein Maßnahmenpaket auszuarbeiten, das kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen umfasst hat. Eine dieser langfristigen Maßnahmen ist dieser heutige Vorschlag, den wir Ihnen machen, nämlich eine Neukonzeption dieser Jugendwohngemeinschaft. Als kurzfristige Maßnahme haben wir damals festgelegt, dass wir einen Aufnahmestopp über diese Einrichtung verhängen, das war der ausdrückliche Wunsch der Mädchen, dass sie in dieser Einrichtung bleiben können, weil sie es trotz der schrecklichen Vorfälle einfach als ihre Heimat definiert haben. Mit Oktober waren nur noch zwei Mädchen in dieser Wohngemeinschaft anwesend und jetzt hat sich einfach die Frage gestellt, wie gehen wir jetzt weiter damit um? In einer Einrichtung, die eigentlich Plätze für neun Jugendliche anbietet und dann nur mit zwei Personen besetzt ist, da kann ich, glaube ich, sehr zu Recht, von einem Geisterhaus sprechen, das ist auch dann für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber vor allem auch für die zwei letzten bleibenden Mädchen nicht mehr äußerst angenehm gewesen und zum Zweiten muss man natürlich auch auf die Kosten schauen und wenn eine Einrichtung so unterbesetzt ist, dann bedeutet das, dass man die Kosten, die Tagsätze vom Land natürlich nicht für die nicht besetzten Plätze erstattet bekommt. Wir sind auch vor dem Problem gestanden, dass andere Bezirkshauptmannschaften keine Zuweisungen gemacht haben, also dass wir diese Plätze mit Kindern, Jugendlichen aus anderen Bezirken auffüllen konnten, weil diese Wohngemeinschaft natürlich einen dicken, fetten Stempel drauf hatte und stigmatisiert war. Jetzt sind wir vor der Entscheidung gestanden, sperren wir diese Wohngemeinschaft zu oder überlegen wir uns ein neues Konzept. Nachdem wir einen großen Bedarf an diesen Plätzen in der Stadt Graz haben, haben wir uns entschlossen, wir versuchen es mit einem neuen Konzept. Der Schwerpunktträger im entsprechenden Sozialraum 1, das Institut für Familienförderung, hat ein sehr, sehr

spannendes neues Konzept entwickelt, das in Richtung Familienhaus geht, das künftig ambulante Hilfe mit stationärer Hilfe miteinander in Verbindung bringen soll. Es wird auch dort möglich sein, kurzfristig Familien unterzubringen, nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern wenn sich Familien in einer Krisenzeit befinden, dass man auch die Möglichkeit hat, die ganze Familie in dieses Haus zu holen und der Familie als Ganzes unter die Arme zu greifen. Aus dieser Verschränkung von Ambulant und Mobiles ist es jetzt auch möglich, bessere Bezugsbetreuung zu machen. Wenn ein Kind, ein Jugendlicher schon vor Eintritt in die stationäre Einrichtung betreut, begleitet wurde durch die Jugendwohlfahrt, dann kann der die gleiche MitarbeiterIn jetzt sozusagen mitgehen in die vollstationäre Einrichtung und kann dann nach dem Austreten auch weiterbetreuen. Das heißt, da ist eine wesentliche Qualitätsverbesserung mit diesem neuen Konzept möglich. Was ist jetzt formal zu tun, was umfasst dieser Gemeinderatsbeschluss heute? Um diesen Neustart mit dem Institut für Familienförderung auch wirklich zu ermöglichen, ist es notwendig, dass das Institut für Familienförderung in den Rahmenvertrag einsteigt, den wir mit dem Land Steiermark haben und es ist auch notwendig, dass das IFF die Anerkennung als stationärer Träger vom Land bekommt. Jetzt haben wir natürlich mit dem Land vorab gesprochen und wir sind sehr, sehr optimistisch, es ist höchstwahrscheinlich, dass diese Zustimmung natürlich kommt, vorbehaltlich des heutigen Gemeinderatsbeschlusses hier in der Stadt Graz. Weiters geht es auch darum, die Immobilie in der Grabenstraße mittels Leihvertrag, der auch diesem Stück angeschlossen ist, dem Träger zur Verfügung zu stellen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Träger zuzuweisen. Wir reden jetzt einmal von einem Pilotprojekt von drei Jahren. Wir werden in diesen drei Jahren sehen, wie sich dieses Pilotprojekt entwickelt. Die fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich entschlossen haben mitzugehen, denke ich, haben jetzt auch ganz neue Möglichkeiten, haben neue spannende Herausforderungen. Faktum ist, dass das Ganze für die Stadt kostenneutral ist, das heißt, wir haben hier keine zusätzlichen Kosten mit diesem neuen Modell. Ich habe mich im Vorfeld zu diesem heutigen Gemeinderat sehr

bemüht, dass wir eine breite Zustimmung finden, es hat insgesamt drei Termine gegeben, zwei mit den Ausschussmitgliedern, einer, da habe ich mich bemüht, mit den Vorsitzenden der jeweiligen Fraktionen, einen umfassenden Informationstermin, immer auch in Begleitung durch das Jugendamt zur Verfügung zu stellen, um wirklich alle möglichen Fragen und Bedenken zu diskutieren. Und ein Bereich ist immer wieder aufgetreten, aber ich glaube, das ist wirklich das falsche Thema. Es geht hier überhaupt nicht darum, ob die zuständige Jugendstadträtin Schröck hier eine Privatisierung vornimmt oder nicht. Faktum ist, wir könnten als Stadt Graz keine ambulanten Dienste anbieten und wir könnten dieses Konzept, so wie es jetzt vorliegt, schlichtweg als Stadt Graz nicht umsetzen. Und darum ist es notwendig, damit wir diese wichtige Einrichtung, diese Plätze nicht verlieren, nicht zusperren müssen, dass wir diesen Weg so gehen. Das hat auch, und das möchte ich hier jetzt auch noch einmal betonen, nicht zur Folge, dass die drei anderen Jugendwohngemeinschaften, wo die Stadt Graz Betreiberin ist, dass die jetzt das Gleiche vor sich haben, sondern wir haben jetzt eine passgenaue Lösung für diese betroffene Wohngemeinschaft gesucht und ich denke, eine sehr, sehr gute Lösung gefunden. Wir brauchen diese Plätze sehr, sehr dringend, ich möchte an dieser Stelle einfach noch an eine Zahl erinnern. Wir sind in der Stadt Graz, und das habe ich so vorgefunden, wie ich das Amt übernommen habe, leider nicht in der Lage, dass wir alle Kinder, die es brauchen, bei Pflegeeltern in der Stadt Graz unterbringen. Zwei Drittel, 66 %, der Kinder müssen außerhalb von Graz versorgt werden, bei Pflegeeltern außerhalb von Graz versorgt werden, oft in anderen Bundesländern versorgt werden. Das war für mich auch der Anstoß, eine breite Pflegeelternoffensive zu starten, die übrigens sehr, sehr gut läuft, das ist sehr erfreulich. Denn wir brauchen dringend Pflegeeltern und wir brauchen leider dringend diese Betreuungseinrichtungen, diese stationären Einrichtungen. Im Ausschuss ist es leider passiert, dass eine Fraktion diesen Weg, diesen gemeinsamen Weg nicht mitgehen möchte, aus einer Argumentation, die ich leider nicht nachvollziehen kann. Ich sehe das wirklich ein bisschen als Stante-pede-Haltung der KPÖ, dass man hier sagt, ja, wir

sind dafür, dass es öffentlich gemacht wird. Es kann nicht öffentlich gemacht werden, die Stadt Graz kann keine ambulanten Dienste anbieten, das ist im Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes nicht möglich und ich bitte euch wirklich, diese Stantepe-Haltung noch einmal zu überdenken, ich habe von der Kollegin Braunersreuther gehört, dass sie die Idee und das Konzept sehr, sehr gut findet, vielleicht könnt ihr noch über euren Schatten springen. Ich denke, diese neue Idee ist es wert, dass wir heute wirklich einen breiten und einstimmigen Beschluss hier in diesem Gemeinderat fassen. Abschließend möchte ich mich noch bei allen bedanken für die Diskussionen, für den Austausch aber vor allem auch bei meinem Jugendamt, bei den Angestellten, bei den Leiterinnen und Leitern, die diese Aufgabe aus meiner Sicht sehr, sehr großartig bewältigt haben. Ich bitte um Zustimmung und Annahme (*Applaus SPÖ*).

Die Berichterstatterin stellt namens der Ausschüsse für Jugend und Familie, Frauenangelegenheiten, SeniorInnen und Wissenschaft und des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 iVm § 45 Abs. 2 Z. 2 und 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 87/2013 mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit gemäß § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz beschließen:

1. Das beabsichtigte Eintreten des Institutes für Familienförderung GmbH in den bestehenden Rahmenvertrag der Stadt Graz mit dem Land Steiermark wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Projektgenehmigung für den Abschluss der beiliegenden, einen integrierenden Teil des Gemeinderatsstückes bildenden Fördervereinbarung mit dem Institut für Familienförderung GmbH für den Zeitraum ab Eintreten des Institutes für Familienförderung GmbH in den bestehenden Rahmenvertrag der Stadt Graz mit dem Land Steiermark bis 31.12.2016 wird erteilt.

3. Die Zustimmung zur unentgeltlichen Überlassung der Liegenschaft Grabenstraße 90b, 8010 Graz zum Betrieb einer stationären Betreuungseinrichtung auf Basis der Förderungsvereinbarung – laut beiliegendem, einen integrierenden Teil des Gemeinderatsstückes bildenden Leihvertrag – an das Institut für Familienförderung GmbH wird erteilt. Die für die Liegenschaft anfallenden Kosten (GBG-Mieten, Betriebs-, Instandhaltungskosten und Energie) werden wie bisher von der Stadt Graz (A 8/4 und A 6) getragen und die Verwaltung über die GBG abgewickelt. Der Bestand des Leihvertrages ist an die aufrechte Förderungsvereinbarung gebunden und endet spätestens mit deren Ablauf am 31.12.2016.
4. Der Auflassung einer städtischen Dienststelle auf dem Standort Grabenstraße 90b, 8010 Graz wird zugestimmt.

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuschauerInnen, sehr geehrte Frau Schröck! Ich möchte das gerne ein bisschen ausführen. Wie Sie richtig gesagt haben, wir haben absolut nichts gegen einen Neustart, wir haben auch überhaupt nichts gegen neue Konzepte und Ideen und auch überhaupt nichts gegen dieses Institut für Familienförderung, wie vielleicht der Eindruck aufkommen könnte. Und gerade dieses Konzept ist nicht nur meiner Meinung nach, sondern ich habe eben auch mit fachkundigen Personen gesprochen, ist sicherlich im Sinne der Kinder und Jugendlichen sehr zu begrüßen. Weshalb wir dieses Modell trotzdem abgelehnt haben oder das weiterhin tun, ist, dieser Planung, das mit einem externen Trägerverein das zu machen. Natürlich verstehen wir das Argument und auch dieses Argument, dass die Zeit drängt, denn die Plätze für die Jugendlichen werden einfach de facto gebraucht, da spreche ich mich nicht dagegen aus. Trotzdem ist es eben sehr schade, dass es mit diesem externen Trägerverein realisiert werden muss, weil es eben anders nicht möglich ist. Ich kann nur dazu sagen, in anderen Städten ist es

anders möglich, die können mobile Dienste anbieten und es sollte eigentlich vielmehr Ziel sein, dass die Stadt Graz das auch kann, damit man nämlich solche Projekte in weiterem Ausmaß auch in Zukunft machen kann, denn was das jetzt für Auswirkungen hat, also kurzfristig hat dieses Modellprojekt die Auswirkung, dass es dort de facto Ungleichbehandlung von MitarbeiterInnen gibt, was die Bezahlung betrifft, denn die verbleibenden MitarbeiterInnen, also es werden ja alle Mitarbeiter von der Stadt Graz weiterhin bezahlt, allerdings die verbleibenden fünf von sieben MitarbeiterInnen nach dem städtischen Tarifsystem und die anderen nach den Bedingungen des Trägers, die ja auch berechtigt sind, neue Mitarbeiter aufzunehmen, auch später, wenn es eben zu Pensionierungen oder zu Karenzvertretungen kommt. Das Zweite ist natürlich das, dass so ein Modellprojekt, wie es auch im Sinne dieses Projektes ist, auf drei Jahre befristet ist, für die Jugendlichen ist es natürlich auch eine ungunstige Situation, weil niemand genau wissen kann, was danach mit dem ganzen Projekt passieren wird. Zwar gibt es die Verpflichtung der Stadt Graz, diese WG zu übernehmen, sollte dieses Modellprojekt nicht erfolgreich sein, was ja auch durchaus der Fall sein kann. Nachdem das aber sehr vielversprechend ist von der Konzeptidee her, kann man fast davon ausgehen, dass es erfolgreich ist. Das Erste ist, sollte es nicht erfolgreich sein, wie geht man dann mit den dort beschäftigten MitarbeiterInnen um, das ist auch noch nicht überdacht worden, werden die wieder nach städtischem System bezahlt oder im weiteren nach diesem eben geringeren Tarif? Was ja auch immer zu einer ungunstigen Stimmung zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führt, also ich habe es jetzt nicht recherchiert, aber ich frage mich auch, was die Personalvertretung dazu sagt? Dazu kommt, dass eben, sollte eine Neuausschreibung passieren nach drei Jahren, wie wir recherchiert haben, diese Ausschreibung auch EU-weit passieren muss und dann eventuell nicht eben mehr hauptsächlich nach Qualitätskriterien entschieden werden kann eben nach diesen Regelungen, sondern eben auch nach finanziellen Aspekten und das vielleicht dann nicht mehr so im Sinne der Kinder und Jugendlichen ist und eben auch nicht der MitarbeiterInnen, das ist eben meine Argumentation oder unsere Argumentation,

weshalb wir sagen, dass wir dem einfach nicht so zustimmen können. Dazu kommt noch, wenn es erfolgreich ist, dann wäre das ja auch ein Auftrag dafür, dass man sagt, man führt jetzt alle diese Einrichtungen nach diesem neuen Projekt, das heißt, man müsste alle Einrichtungen in externer Trägerschaft betreiben und das wäre, weil es so ein schleichendes und da ganz diskretes Outsourcing von Dienstleistungen und das können wir natürlich nicht unterschreiben (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Die grüne Fraktion hat dem Stück zugestimmt auch aus dem heraus, dass wir auch glauben, dass aktuell die beste Lösung über diese Situation gegeben ist. Nichtsdestotrotz, es ist derzeit, liebe Martina, es ist derzeit ein Jugendwohlfahrtsgesetz in Begutachtungsphase und ich würde das sehr wichtig finden, dass genau dieser Spielraum auch in das neue Gesetz reinverhandelt wird, weil längerfristig es doch sein muss und möglich sein sollte, dass auch mobile Betreuungsmöglichkeiten über die Stadt Graz wahrgenommen werden können und nachdem das als Pilot eingehängt wurde auf drei Jahre, sind wir vielleicht in drei Jahren soweit, dass wir das als Stadt auch selbst leisten können (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen (38 : 10).

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 14.40 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsçh

6) A 8-011731/2012-41

Haus Graz – konsolidierter Abschluss
2012

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsçh**: Hoher Gemeinderat, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Galerie! Es geht um den konsolidierten Jahresabschluss für das Jahr 2012. Ich habe wieder ein paar Bilder vorbereitet, die uns der Michi Kicker dann gleich zeigen wird. Ich möchte gerne einige wenige Bemerkungen vorweg machen. Zunächst einmal haben wir im Mai dieses Jahres schon den Jahresabschluss für das Budget 2013, also Jahresabschluss der Stadtverwaltung, beschlossen, aber, wie eben bekannt, und vor allem seit dem Jahr 2011 nach der in Kraft getretenen Haus-Graz-Reform hat die Stadt sehr viele städtische Aktivitäten ausgegliedert in ihre eigenen Beteiligungen, in die Holding, GBG, Messe usw., sodass ein wirklich umfassender Blick über die Finanzen der Stadt Graz nur gegeben werden kann, wenn eben diese Beteiligungen miteinbezogen werden und das ist eben heute der Fall. Sie haben auch ausgeteilt den Haus-Graz-Geschäftsbericht, der ebenfalls wie schon in den Vorjahren neben den städtischen Werten eben auch die konsolidierte Schuldenentwicklung darstellt. Das ist naturgemäß eine Pro-forma-Konsolidierung, nämlich eine Zusammenfassung von Kameralistik und Doppik, die Beteiligungen budgetieren und rechnen in der Doppik, die Stadt kameral und aus diesem Grund beschränkt sich diese Konsolidierung ja auch auf ganz wenig Größen, die allerdings nach unserer Auffassung, nach meiner Auffassung die Finanzen der Stadt Graz ja transparent zusammenfasst und jedenfalls eine wirkungsvolle finanzielle Steuerung ermöglicht. Ich darf Ihnen übrigens sagen, dass ab Herbst 2014 die Europäische Kommission eine andere Definition des Staates und der Gebietskörperschaften verlangt und zwar eine Definition, die in Richtung unserer Konsolidierung geht, es wird ab September 2014 aller Wahrscheinlichkeit nach so sein, dass die Immobiliengesellschaft und möglicherweise andere Gesellschaften mit eben in die Budgets und in die Rechnung einbezogen werden müssen, sodass also hier eben auch von europäischer Seite ein Schritt in die Richtung gegangen wird, den die Stadt Graz schon seit einigen Jahren

geht. Zum Rechnungsabschluss 2012. Die wichtigsten Ergebnisse von 2012 sind auf diesem Bild dargestellt, zunächst einmal der simple Satz, dass der konsolidierte Haus-Graz-Rechnungsabschluss 2012 den Grazer Stabilitätspakt bestätigt. Was heißt das? Das heißt, dass der Stabilitätspakt, den die drei Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ heuer im Frühjahr beschlossen haben, durch die Ergebnisse von 2012 insofern bestätigt wird, der Stabilitätspakt muss nicht korrigiert werden, ich darf vielleicht an dieser Stelle anfügen, dass weder vor der Wahl zum Gemeinderat der Stadt Graz noch nach der Wahl irgendwelche Budgetlöcher aufgetaucht sind, sondern der Grazer Stabilitätspakt ist eben bestätigt worden, wir können auf diesem Wege weitergehen (*Applaus ÖVP*).

Zweites wichtiges Ergebnis, die laufende Gebarung ist nachhaltig im Plus, wir haben es seit einigen Jahren nachhaltig ins Plus gedreht. Wir haben nach wie vor ein sehr hohes Investitionsniveau, für das wir trotz aller Sparbemühungen noch eine maßvolle Neuverschuldung benötigen und drittes wichtiges Ergebnis ist der Ausblick, die Fortsetzung des Budgetkurses der Stadt Graz in den nächsten Jahren sowohl von der Politik als auch von der Verwaltung ein Höchstmaß an Disziplin erfordert. Ich möchte gerne beginnen, um Ihnen die wichtigsten Ergebnisse dieses Stabilitätspaktes zu wiederholen. Zunächst einmal der Hinweis, dass dieser Stabilitätspakt einen verbindlichen Finanzrahmen für die Stadt Graz, Magistrat und Beteiligungen für die Jahre 2013 bis 2017 vorschreibt, der Ausgangspunkt dazu ist der österreichische Stabilitätspakt 2012. Wir werden weiterhin, und das ist weiter gedacht selbstverständlich, dass die konsolidierte Darstellung für das Haus Graz und auch für die Bewertung der Budgetpolitik maßgebend ist. Wichtigste Ergebnisse des Stabilitätspaktes, der Schuldenstand soll maximal 1,3 Milliarden Euro betragen. Das Investitionsvolumen rund 530 Millionen Euro, davon sind rund 100 Millionen Euro für neue Projekte gedacht und der Überschuss in der laufenden Gebarung beträgt nach dieser Darstellung rund 240 Millionen Euro. Darf ich noch einmal ganz kurz erläutern, dass hier sich nach dieser Darstellung der Schuldenstand ganz einfach ergibt. Mit dem Überschuss aus der laufenden Gebarung müssen die Investitionen gedeckt werden

und die Zinsen, soweit das nicht gelingt ergibt sich eine zusätzliche Verschuldung. Es ist geplant, dass diese 1,3 Milliarden den Höchstwert im Jahr 2016 erreichen, nach dem Jahr 2016, ab 2017, so wie es der österreichische Stabilitätspakt verlangt, reicht der Überschuss in der laufenden Gebarung, also im laufenden Betrieb aus, um die Investitionen und die Zinsen zu decken, soviel zum Stabilitätspakt. Bitte die übernächste Folie, das habe ich gerade erläutert, die übernächste Folie unter dem Stichwort Kameralistik versus Doppik. Ich kann, glaube ich, auch über diese Folie weitergehen, ich habe Ihnen das meiste schon erläutert, wir kommen damit zum ersten Ergebnis. Dieses Ergebnis haben wir, wie gesagt, schon im Mai 2013 vorgestellt, es ist die laufende Gebarung, also das Ergebnis des laufenden Betriebes, ausschließlich für den Magistrat. Sie erkennen, dass wir 2010 von einer negativen Entwicklung in die positive übergegangen sind. Das Jahr 2012 hat einen Abschluss gebracht von 35 Millionen Euro plus, nicht ganz so hoch wie 2011, dort war er 43 Millionen, aber um insgesamt 13 Millionen besser als budgetiert. Das heißt, die städtischen Abteilungen haben im Jahr 2012 um insgesamt 13 Millionen besser abgeschnitten, als budgetiert war. Sie sehen auf der nächsten Folie die Darstellung dieser 13 Millionen Euro. Wir sind von 22 Millionen Euro ausgegangen als positiven Abschluss im Voranschlag, wir sind besser gewesen im Vollzug als im Voranschlag. Zunächst einmal bei den höheren Gemeindesteuern, dahinter versteckt sich vor allem die nach wie vor steigende Kommunalsteuer, wir haben auch bei den Ertragsanteilen besser abgeschnitten, insgesamt also 11 Millionen zusätzlich eingenommen. Wir sind beim Personal, bei den Pensionskosten unter den Erwartungen geblieben und zwar insgesamt um sechs Millionen Euro, das wird auch der Focus in den nächsten Jahren sein, dass wir die Personalentwicklung in der Stadt uns sehr, sehr genau überlegen müssen, wir haben das jetzt auch schon gemacht, indem etwa Nachbesetzungen, ich darf Ihnen nur als Beispiel bei der Lebensmittelkontrolle, auch sehr genau überlegt worden sind, ob man nicht durch organisatorische Veränderungen hier zu einer Verbesserung kommen kann. Besser als prognostiziert waren der Zinsen- und die Leasingeffekte und beim sonstigen Aufwand sind wir ebenfalls um fünf Millionen

besser als erwartet, das ist vor allem der Sach- und Betriebsaufwand. Insgesamt also ein um 35 Millionen höherer, also insgesamt 13 Millionen höherer Abschluss als geplant. Wie sieht diese Entwicklung nun im Haus Graz aus, also insgesamt konsolidiert? Im Haus Graz haben wir schon 2008 einen Überschuss in der laufenden Gebarung, dieser Überschuss hat sich bis zum Jahr 2012 auf 53 Millionen ausgeweitet, auch hier ein sehr nachhaltig hoher Überschuss, allerdings nicht ganz so hoch wie im Jahr 2011, dort war er, wie gesagt, 62 Millionen Euro. Auf der nächsten Folie sehen Sie, dass wir beim Investitionsniveau immer eine sehr, sehr hohe Investitionsrate beibehalten haben. Ich erwähne immer wieder, dass das die wichtigste Maßnahme ist, die eine Stadt überhaupt gegen oder für die Beschäftigung tun kann, das ist eine hohe Investitionsrate, so wie Sie hier diese Investitionsraten sehen in der Größenordnung zwischen 113 und 140 Millionen Euro sichert, das zirka 12.000 Arbeitsplätze in erster Linie selbstverständlich im Baugewerbe und im Baunebengewerbe und das hat durchaus einen Beschäftigungseffekt, aber auch nicht mehr, als ich Ihnen genannt habe. Konjunkturpolitik an sich ist für Städte sicherlich keine mögliche Aufgabe, selbst Bundesländer tun sich schwer, das Land Steiermark macht mit seinen Bauoffensiven die meisten, im Winter kommen eben auch das, was möglich ist, aber insgesamt ist der konjunkturpolitische Muskel von Städten und Ländern sehr begrenzt. Ich komme damit zum Nettoschuldenstand. Der Nettoschuldenstand ist seit dem Jahr 2009 real de facto gleichbleibend, wenn man hier eine Inflationsbereinigung machen würde, dann wären wir ungefähr nach wie vor auf dem Stand von 2009. Die Nettoschuldenaufnahme hat sich um 30 Millionen gegenüber 2011 erhöht. Sie werden nachher, soviel ich weiß, vom Bericht des Rechnungshofes erfahren, dass der Rechnungshof die Verschuldung sogar noch etwas niedriger angesetzt hat als die Finanzdirektion. Wir sind da jedenfalls, das kann ich nur wiederholen, auf vollem Budgetpfad, den wir auch im Stabilitätspakt fortgeschrieben haben, 2012 ist eben das letzte Jahr der letzten Gemeinderatsperiode. Soviel zu den nüchternen Zahlen.

Ich möchte gerne eine Tendenz oder Tendenzen aufzeigen und einen Ausblick geben. Wie Sie wahrscheinlich alle in den derzeitigen Medienberichten entnehmen können, wird sich das Einnahmenwachstum aller Voraussicht nach verlangsamen, es ist auf der einen Seite die Konjunkturschwäche, die inzwischen auch bei Schätzungen für die Jahre 2014 bis 2017 durchschlagen, wir sind im laufenden Kontakt mit Prof. Pilz, der uns in dieser Frage seit Jahren berät und der auch immer die neuesten Ergebnisse sowohl von den Konjunkturprognosen Wirtschaftsforschungsinstitut, aber auch von den Angaben des Finanzministeriums die Zahlen für die Stadt Graz runterbricht. Wir haben aber natürlich auch verschiedene Finanzausgleichsblockaden. Die wichtigste Blockade in diesem Zusammenhang ist sicherlich die seit vielen, vielen Jahren, sogar Jahrzehnten gleich bleibende Grundsteuer, die, nachdem die Einheitswerte nicht mehr festgestellt werden, ist die Grundsteuer auf dem Level von Anfang 1990 stehengeblieben, es hat keine Anpassung, gegeben. Nicht einmal eine inflationsbedingte Anpassung geschweige denn eine Anpassung nach den Verkehrswerten und das tut den Gemeinden besonders weh. Die Grundsteuer ist eine kommunale Abgabe, es ist eigentlich die schwerwiegendste graue Finanzausgleichsmaßnahme. Grauer Finanzausgleich nennt man Maßnahmen, die nicht vereinbart sind zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die einfach gesetzt werden von einer Gebietskörperschaft, eben in dem Fall vom Bund, die aber von der finanziellen Bedeutung her die Gemeinden treffen. Zweite Geschichte ist, dass das Ausgabenwachstum nur mit großer Disziplin beherrschbar sein wird. Ich habe schon was zu den Personalmehrbesetzungen genannt, zum Bedarfszuwachs durch den Bevölkerungsanstieg und zu drohenden Landesüberwälzungen. Sie können seit heute ganz locker das letzte Wort korrigieren, in dem es heißt, durch drohende Landes-, Bund- oder Bundesüberwälzungen. Wir müssen uns wahrscheinlich darauf einstellen, wenn die Diskussion beim Bund so weitergeht wie bisher, dass der Bund wie schon in den vergangenen Jahren versucht zu sparen, indem die nachgeordneten Gebietskörperschaften belastet werden. Ich erinnere nur daran an den Wegfall der Umsatzsteuervergütung, sodass beim Bau von Schulen etwa die Städte 20 %

Umsatzsteuer bezahlen müssen und sich damit der Schulbau um 20 % verteuert hat. Ich möchte an dieser Stelle bei dem Ausgabenwachstum mit großer Disziplin die Gelegenheit nutzen, auf eine Diskussion einzugehen, die wir in den letzten Tagen geführt haben und zwar ist das die Diskussion um die Verlängerung um dreijährige Verträge im Kulturbereich. Sie kennen wahrscheinlich den Hintergrund, die Stadt Graz hat seit Helmut Strobl immer wieder für einzelne Kulturinstitutionen, Kulturvereine dreijährige Förderverträge angeboten. Das ist diesmal wieder gemacht worden, die Förderverträge enden Ende 2013 und es ist der Antrag gestellt worden, dass diese Verträge 2014/2015/2016 verlängert werden. Wir haben lange darüber diskutiert und ich habe den Einwand vorgebracht, dass wir in der jetzigen Budgetsituation bei zusätzlichen Verpflichtungen über das Jahr 2014 hinaus uns sehr genau anschauen sollten, wie sich diese Verpflichtungen dann tatsächlich im Rahmen der Eckwerte auswirken. Vielleicht auch noch hier wiederholt das Ergebnis, dass wir laut Stabilitätspakt im Jahr 2015 eine 13%-ige Einsparung bei den Eckwerten vereinbart haben in Summe, die Aufteilung wird dann die politische Diskussion zeigen. Nachdem eben diese Vorbelastung, die wir jetzt schon haben für die Jahre 2015 und danach, durchaus hoch ist, war mein Einwand, dass wir, bevor diese Situation für 2015 nicht klar ist, keine weiteren Belastungen über das Jahr 2014 hinaus vereinbaren sollten. Fest steht, dass alle Verträge, dass alle Förderungen, die vorgeschlagen worden sind vom Kulturamt, für 2013 und 2014 gesichert sind. Aber es ist eben die Frage, wie sieht es nach 2014 aus für die Jahre 2015, 2016? Ich habe dann den Kompromissvorschlag gemacht, dass wir von den 58 Verträgen 50 verlängern drei Jahre, 2014, 2015 und 2016 und zwar sind diese 50 Verträge für die sogenannten kleinen Kultureinrichtungen für die freie Szene, diejenigen, die von den städtischen Subventionen zum Teil existentiell abhängen. Für diese war der Vorschlag, machen wir die Verlängerung und für insgesamt acht mittlere Einrichtungen, die Diagonale, Theater im Bahnhof usw. sichern wir den Betrag 2014 und danach muss diskutiert werden, wie es 2015 weitergeht. Ich habe ehrlich gesagt, schon den Eindruck gehabt, dass das ein fairer Vorschlag ist, wenn man von diesen 58 Förderungsverträgen 50

verlängert, für die, die am stärksten von dieser Finanzierung abhängen. Bin aber leider nicht durchgekommen, das heißt, dieser Vorschlag ist vom Kulturamt, von der zuständigen Stadtsenatskollegin, sie ist jetzt nicht da, von der Lisa Rücker, nicht angenommen worden und die Reaktion war, dass kein einziger Vertrag jetzt verlängert wird. Es wird jetzt also kein einziger Vertrag verlängert und ich bin eigentlich darüber deshalb ein bisschen enttäuscht, weil aus meiner Sicht das schon ein klarer Hinweis ist, dass hier eine parteipolitische Strategie sozusagen vor die Kultur gestellt wird. Ich denke mir, dass für die 50 Verträge sehr, sehr viele Kulturschaffende in der Stadt Graz eine große Freude, nicht nur Freude, sondern große Existenzabsicherung gehabt hätten und denen diesen Förderungsvertrag jetzt nur deshalb zu verwehren, weil eben insgesamt aus Budgetgründen nicht für alle das gewährt werden kann, das halte ich, ehrlich gesagt, ich habe das nicht für gerechtfertigt gefunden und ich hoffe, dass wir da weiter verhandeln und letztendlich doch zu einem guten Ergebnis kommen. Ich darf übrigens auch hier an dieser Stelle sagen, das ist keine Maßnahme, die speziell jetzt auf Kultur ausgerichtet ist, sondern wir haben gleichzeitig alle Abteilungen angeschrieben und sie aufmerksam gemacht, dass, wenn sie Projekte haben oder Maßnahmen, die eine finanzielle Belastung für 2015 und Folgejahre mit sich bringt, dass die uns melden sollen, damit wir darüber sprechen können. Bei der Tendenz weiter, wir haben ein neues Investitionsvorhaben für 2013 und 2014 abgeschlossen, die gesamte Summe, wir haben noch ein freies Volumen von zirka 37 Millionen und nach wie vor einen großen Rückstau bei Altprojekten. Das transparente Steuerungstool des Grazer Stabilitätspaktes sollte es jedenfalls weiterhin ermöglichen, dass wir schrittweise Anpassungen vornehmen, zum Beispiel Investitionsvolumina, ohne das Gesamtziel zu gefährden. Wir haben heute im Finanzausschuss dazu diskutiert und zwar ging es hier um die Sturzgasse, ein Projekt der Holding, selbstverständlich kann es möglich sein, dass durch Grundstückverkäufe das Investitionsvolumen von 100 Millionen erhöht wird, wenn Grundstücke verkauft werden, es ist darüber selbstverständlich nur zu entscheiden,

ob das auch tatsächlich geschieht oder effizient ist und es ist selbstverständlich auch transparent zu machen.

Ich darf zusammenfassen, wir haben 2012 im Haus Graz, so wie auch in der Stadt selbst, die finanziellen Zielsetzungen abermals erfüllt beziehungsweise übertroffen. Die konsolidierte Finanzverschuldung hat sich real de facto nicht erhöht, obwohl wir ein unverändert hohes Investitionsniveau abgearbeitet haben. Der 2013 vereinbarte Grazer Stabilitätspakt setzt nahtlos auf der Basis 2012 auf, kann das auch und ist somit bestätigt worden und hat die erste Bewährungsprobe mit dem konsolidierten Abschluss bestanden. Die Herausforderungen für die nähere Zukunft in den nächsten Jahren stellen sich ziemlich klar dar, es geht darum, Einnahmenblockaden zu beseitigen, es gibt durchaus Chancen in den jetzigen Koalitionsverhandlungen, dass bei der Grundsteuer tatsächlich ein Reformschritt möglich ist. Wir werden bei der Ausgabenentwicklung bremsen müssen, ich habe schon die drei Prozent erwähnt in Summe der Eckwerte. Beim Landessparen auf Kosten der Stadt, wiederum ergänzt, auch kein Bundessparen auf Kosten der Stadt, was allerdings die schwierigste Herausforderung sein wird und wir werden bei den Investitionen eine sehr intensive Prioritätendiskussion führen müssen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 14.50 Uhr den Vorsitz.

Der Berichtstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 96 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1957 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

Der vorstehende Informationsbericht „Haus Graz - konsolidierter Abschluss 2012“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Bergmann

12) StRH-3357/2013

Vorprüfung des Rechnungsabschlusses
2012 (konsolidiert)

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat! Der Stadtrechnungshof hat einen ausführlichen Prüfbericht dem Kontrollausschuss vorgelegt, ich möchte hier eine kurze Zusammenfassung daraus wiedergeben. Und zwar, der Rechnungsabschluss der Stadt Graz vermittelt ein ausreichend klares Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die vorgelegten Unterlagen waren im Wesentlichen vollständig, rechnerisch richtig und rechtskonform. Das laufende Haushaltsergebnis, also der Maastricht-Saldo 1, war wie schon im Jahr 2011, wie wir gesehen haben, auch im Jahr 2012 positiv. Damit konnten abermals die laufenden Ausgaben für Personal, Sachmittel und Transfers unter den laufenden Einnahmen aus Steuern, Gebühren und Ertragsanteilen gehalten werden. Es ist jedoch beim konsolidierten Haushalt festzustellen, dass die Zunahme der Einnahmen in Höhe von 15 Millionen Euro lag im Jahr 2012 im Gegensatz zu 2011 unter der Zunahme der Ausgaben, also die Ausgaben waren diesmal wieder höher als die Einnahmen. Die deutlich negative freie Finanzspitze im Jahr 2012 in Höhe von minus 19 Millionen Euro war auf vergleichsweise hohe Darlehenstilgungen gegenüber dem Jahr 2011 zurückzuführen. Wir hatten im Jahr 2012 rund 54 Millionen Euro Darlehensrückzahlungen und zwar, die ganz einfach aufgrund von Kündigungen und Fälligkeit von freien Darlehen, großen Darlehen zurückzuführen sind. Der Saldo der Vermögensgebarung war in den letzten Jahren durch die jährlichen, und das kennen wir schon seit vielen Jahren, in Immobilientransaktionen an die Tochtergesellschaft GBG geprägt. So eine Immobilientransaktion fand auch im Jahr 2012 statt und zwar in Höhe von rund 8,5

Millionen Euro. In den vergangenen Jahren war eben gerade aufgrund dieser Immobilientransaktionen die Neuverschuldung außerhalb des Budgets abgebildet. Es entstanden daraus laufende Belastungen aus Mietentgelten, die inhaltlich den Finanzierungsaufwendungen gleichzustellen sind und so auch vom Stadtrechnungshof dargestellt wurden. Generell war zu sagen, dass im Bereich der Finanzgebarung gegenüber 2011 die Aufnahme von Finanzschulden abgenommen hat, und zwar haben wir hier ein Minus von 55 Millionen Euro. Gleichzeitig hat der Stadtrechnungshof aber angemerkt, dass die Entnahmen aus Rücklagen sich erhöht haben und zwar um 46,6 Millionen Euro, und die Zuführung an Rücklagen verringert wurde und zwar minus 36,7 Millionen Euro. Der Stadtrechnungshof hatte auch die Einsparungspotentiale im Haus Graz evaluiert. Mit der Beschlussfassung im Dezember 2009 wurden Einsparungspotentiale für die Bereiche IKT, Immobilien, Abfall und Abwasser für die Jahre 2010 bis 2015 definiert. Im Zuge der Prüfung des Stadtrechnungshofes wurde nun festgestellt, dass zum Zeitpunkt der Prüfung Potenziale in Höhe von 1,5 Millionen Euro nicht im Einflussbereich dieser Stellen lagen, da Eigentümerentscheidungen noch nicht gefällt wurden, welche bis Ende 2012 eben nicht herbeigeführt wurden. Weiters wurde vom Stadtrechnungshof die Vorlaufzeit für das Potenzial Energiemanagement-NutzerInnenverhalten, und zwar im Rahmen von 900.000 Euro, welche in dieser Vorgabe begründet wurden mit ein bis zwei Jahren, hat der Stadtrechnungshof also zwei Jahre angenommen. Bezogen auf diese Einsparungspotenzialvorgaben gemäß des Gemeinderatsbeschlusses vom Dezember 2009 errechnet sich somit seit Anfang der operativen Tätigkeit des Hauses Graz bis Ende 2012 eine Potenzialerfüllungs-Unterschreitung in der Höhe von rund minus 329.000 Euro, dem war jedoch eine mit zwei Millionen Euro Übererfüllung im operativen Bereich entgegenzusetzen. Der Kontrollausschuss hat den Prüfbericht, der sehr umfangreich ist und in dem natürlich im Detail diese Einsparungspotenziale auch angegeben wurden, diskutiert in zwei Sitzungen. Dieser Prüfbericht wurde einstimmig angenommen. An dieser Stelle möchte ich mich noch recht herzlich bedanken bei den Mitarbeitern der Finanzdirektion für die Erstellung dieses konsolidierten

Rechnungsabschlusses und natürlich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtrechnungshofes für diesen ganz informativen Prüfbericht. Herzlichen Dank, bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.00 Uhr den Vorsitz.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

StR.ⁱⁿ **Rüscher**: Da ich ja vorher direkt als Kulturreferentin angesprochen war, werde ich mich jetzt auf den Teil beschränken und unsere Finanzsprecher dann auf den Gesamtabschluss eingehen. Und um hier eine Diskussion ein bisschen offenzulegen und auch die Hintergründe dazu, weil es um die Fragestellung ging der mittelfristigen Förderverträge für insgesamt 60 Kulturinitiativen, 58 plus zwei, weil zwei in diesem Stück nicht drinnen waren. Wenn wir ehrlich diskutieren, lieber Gerhard Rüscher, dann ist hier eigentlich eine zufällige Sache passiert, es war zufällig mein Ressort, das da jetzt mittelfristige Verträge auf den Tisch gelegt hat und damit eine Finanzierungsplanung bis hinein ins Jahr 2016 vornehmen wollte. Warum ist es ein Zufall? Es ist so, dass diese Dreierkoalition, in der ihr euch befindet, die sogenannte Stabilitätspaktpartnerschaft, zwar einen Stabilitätspakt unterschrieben hat mit sehr

vielen Festlegungen, was finanzielle Ziele anbelangt, aber gar keine Festlegung da ist innerhalb dieser sogenannten Dreierkoalition, welche Schwerpunktsetzungen und wo hin die Reise geht, es gibt keinen Plan, es gibt kein Ziel, wohin mit dieser Stadt in den nächsten Jahren gefahren wird. Es gibt zwar Ideen, wie man mit Summen umgeht, aber nichts dahinter, wohin das gehen soll. Jetzt kommt die Kulturreferentin und legt Dreijahresverträge vor in der Tradition, wie das die letzten 20 Jahre gut bewährte Tradition war und auch einen Stabilisierungsfaktor für Kultureinrichtungen bedeutet hat, worauf sich auch hier in dieser Stadt zum Glück eine Kulturstadt, wie wir alle wissen, einige Partner verlassen und dann steigt die Finanzdirektion auf die Bremse, sie steigt nicht auf die Bremse, weil sie was gegen Kultureinrichtungen hat, das weiß ich schon, sondern weil auch der Finanzdirektion offensichtlich fehlt irgendeine Orientierung, wie in den nächsten Jahren in dieser Stadt mit welchen Schwerpunkten und welchen Bekenntnissen zu welchen Bereichen Politik gemacht werden soll und das ist dann zufällig halt die Kultur gewesen, wo jetzt diese Diskussion entflammt ist. Aber die Diskussion bleibt euch nicht erspart und es wird uns, seit ihr hier begonnen habt gemeinsam zu arbeiten, erklärt, wir setzen uns bald zusammen und reden über unsere Schwerpunkte, jetzt ist das wieder auf Februar verschoben worden und es wird einfach vor euch hergeschoben zu sagen, wir sind Kulturstadt oder wir sind keine Kulturstadt mehr mit dem Schwerpunkt oder wir sind eine Stadt, die den Bereich Soziales hoch hält oder nicht. Es gibt keinerlei inhaltliche Ausrichtung für die Stadt Graz in dieser jetzigen Konstellation und da lasse ich auf keinen Fall durch Auseinanderdividieren von Kulturverträgen sozusagen den Kulturbereich in die Vorleistung treten und vorne die Übernahme der Verantwortung für nicht vorhandene Verantwortung der Dreierkoalition auf sich nehmen und deswegen erweise ich mich von deiner Seite vielleicht als stur, es geht nicht um stur, es geht um eine prinzipielle Haltung, ihr habt Verantwortung für die Stadt zu übernehmen und ihr habt endlich den Menschen in dieser Stadt klar zu sagen, wohin die Reise geht (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Hohensinner: Wir übernehmen Verantwortung, ihr nicht.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Dass wir in der Stadt Graz wie im Bund, offensichtlich ganz überraschend, niemand bei den Grünen war überrascht, offensichtlich die beiden Kollegen von der ÖVP und von der SPÖ, dass ein Konsolidierungsbedarf besteht und dass wir nicht locker Geld um uns schmeißen können, ist auch klar, das ist auch mir klar und auch bei uns gibt es eine Mittelfristplanung und ein vorausschauender Umgang mit dem Budget, aber nachhaltig wäre, endlich klar zu sagen, wofür ihr steht und was ihr dafür auch in Kauf nehmt, weniger zu machen und diese Information fehlt, seit ihr begonnen habt zu arbeiten und ich bin nicht die Erste, die über diese Latte springt, das müsst schon ihr machen (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.10 Uhr den Vorsitz.

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin a.D.! Ich glaube, Ihr Engagement in allen Ehren, also Frau Stadträtin Rücker, Ihr Engagement in allen Ehren, wie schnell Sie ihr Verkehrsstadtratskapperl absetzen, Gott sei Dank aus unserer Sicht, und wie schnell Sie ihr Kulturkäppchen aufsetzen und Ihr Engagement wirklich in allen Ehren, aber das kann doch maximal Randthema sein. Ich glaube, die Stadt hat andere Probleme...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Polz-Watzenig: Die freie Szene ist ein Randthema?

GR. **Hötzl:** Ja, es ist ein Randthema (*Applaus FPÖ*), allein vom Vertrag her, wenn ich mir das anschau. Ja, Ihr Engagement in Ehren, das ist wirklich ehrlich gemeint, aber es kann um das nicht gehen. Der vorliegende Bericht...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

GR. **Hötzl:** Es geht um mehr, richtig, genauso ist es und das möchte ich Ihnen jetzt auch darlegen. Der vorliegende Bericht spiegelt jedenfalls eine Tatsache aus unserer Sicht wider, keine Ausgaben mehr für sinnlose und prestigebehaftete Projekte, ein sinnvoller Einsatz, der, wenn auch spärlich vorhandenen, Mittel-Investitionen in die Zukunft dieser Stadt und ihrer Bewohner. Wo findet sich die Grazer FPÖ, die soziale Heimatpartei, wie wir sagen, wo finden wir uns wieder? Ich bringe zwei Beispiele für nachhaltige, zukunftsorientierte und verantwortungsbewusste Politik, die unsere freiheitliche Handschrift trägt für Investitionen in die Zukunft dieser Stadt, ich habe es bereits erwähnt. Wir alle wissen, dass das Thema Pflege vor allem in der Zukunft einen immer höheren Stellenwert haben wird, deshalb baut unser FPÖ-Stadtrat Mario Eustacchio neue Pflegewohnheime, um diesen künftigen Bedarf decken zu können. Auf Landesebene kommt von SPÖ und ÖVP hier, wenn es um das Thema Pflege geht, immer nur ein Signal, nämlich das Festhalten am Pflegeregress, wir investieren in die Zukunft. Als zweites Beispiel verantwortlicher freiheitlicher Politik möchte ich das Thema Revitalisierung Kaiser-Josef-Platz beispielgebend anführen.

Hier investieren wir in den Erhalt unserer Kultur und Identität, wir arbeiten sozusagen identitätsstiftend, auch bei diesem Projekt bekommen wir von allen Seiten, wirklich von allen Seiten, nur Lob zugesprochen. Angefangen von den Marktbeschickern, über die Menschen, die auf diesem Platz ihre Einkäufe tätigen, bis hin zu anderen Gewerbetreibenden rund um den Kaiser-Josef-Platz, also wirklich im größeren Raum um den Kaiser-Josef-Platz, die uns nicht nur deshalb loben wegen der Revitalisierung des Platzes, sondern auch dafür, dass wir als Beispiel mit der Gratis-Altstadt bim einen wirklich spürbaren Aufschwung, Originalton Gewerbetreibende in der Innenstadt, einen wirklich spürbaren Aufschwung der Grazer Innenstadtwirtschaft durchführen konnten. Wir sind stolz auf unsere Zukunftsinvestitionen und werden auch weiterhin ein wachsames Auge auf Sparsamkeit und Sinnhaftigkeit folgender Budgets halten. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen, ZuseherInnen! Ich wollte gerne eben auch hier eine Anmerkung zu den Kulturförderungen machen, vor allem Dingen, weil ich ja nicht eben der Fraktion angehöre, der das Ressort untersteht, weil meiner Meinung nach allein im Sinne der Gleichbehandlung von Kulturinstitutionen so ein Angebot, wie es Herr Rüschi genannt hat, dass man eben den kleineren der freien Szene jetzt Verträge gibt, den anderen nicht, allein im Sinne der Gleichbehandlung nicht gerechtfertigt ist, aber es auch eine Fehleinschätzung ist, wenn man sagt, nur die sind quasi in ihrem Bestand abhängig von dieser städtischen Förderung. Sicherlich haben andere, auch gerade diese größeren Einrichtungen, noch andere Fördergeber, aber gerade dafür, und dort Anträge zu schreiben und das weiß ich, weil ich aus der Kulturarbeit komme, ist es notwendig, dass man diesen Grundstock dieser städtischen Förderung hat und zwar auch langfristig, weil man nur dann Anträge auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene stellen kann, die ein zusätzliches Einkommen sichern. Deswegen also sind wir auch eben generell für langfristige Verträge, das gilt in den

Kultureinrichtungen, aber auch im Sozialbereich. Und zu den Worten des Vorredners Hötzl würde ich gerne sage, also zur Zukunft der Stadt Graz, ich habe mir gerade diese Mappe mit diesem Bericht hergenommen, was da abgebildet ist, das ist ja ganz zufällig eine Kultureinrichtung. Wenn die Kultureinrichtungen für die Stadt Graz nicht mehr so wichtig sind, dann dachte ich mir, gut, dass das Kunsthaus eh schon barrierefrei ist, weil dann kann man da Pflegeeinrichtungen gut unterbringen (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte auf den Herrn Gemeinderat Hötzl eingehen, weil er mir einfach Hötzl geworfen hat. Zuerst zur Nebensache, das mag schon sein, dass aus der Sicht der FPÖ die Kultur in der Stadt Graz nur eine Nebensache ist. Im Budget gesehen, teile ich sogar Ihre Meinung, weil diese 11,8 % vom gesamten Kulturbudget, ich teile Ihre Ansicht, dass es im Verhältnis im Budget gesehen diese 11,8 % vom gesamten Kulturbudget, um die wir hier reden, wenn wir von den Verträgen reden, ein kleiner Anteil sind. Aber was ich ausdrücken wollte, und da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, ich habe das Kapperl sehr wohl jetzt als Kulturstadträtin mit der Erfahrung der Kappe aus der verkehrstadträtlichen Vergangenheit übernommen. Es gibt eine prinzipielle Frage zu beantworten: Wird jetzt am Beispiel der Verträge etwas abgehandelt, was im Gesamten und im Großen nicht abgehandelt wird, nämlich eine Entscheidung zu treffen, ihr miteinander, die ein bisschen mehr miteinander reden könntet, wohin ihr euch bewegt, und gerade im Verkehrsbereich in der letzten Periode gab es, und da kann man drüber reden, ob die Koalition das gut oder schlecht gemacht hat, aber es gab zumindest einen Plan und diese jetzige Dreierpartie plant nicht, sondern es wird miteinander nach einem Stabilitätspakt, der leere Zahlen beinhaltet, dahingefahren und was passiert? Mit der Unterstützung von der FPÖ und von der SPÖ holt sich zuerst einmal die ÖVP ihre Schäfchen ins Trockene, wir schauen heute wieder hin beim GAK, es ist heute zwar nicht drauf, aber es gibt

einige Projekte, und auch wenn man die Millionen, die jetzt aus den Investitionen da hergeholt wurden, es sind da viele Beschlüsse drinnen, wo ich mich wundere, wo da der Verkehr war. Es ist so, dass es keinen Plan gibt, welche Schwerpunkte ihr betreiben wollt und das wird nicht über die Kultur abgehandelt, da kann man jetzt über Nebensache denken, wie man will, für mich ist es natürlich keine Nebensache, auch für viele Grazer und Grazerinnen nicht, wenn es für die FPÖ eine ist, aber es geht um das Prinzip dahinter. Und insofern trage ich beide Kappen, die eine aus der Vergangenheit mit Erfahrung und die zweite natürlich gerne und leidenschaftlich (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes hätte ich gerne ein paar Vorbemerkungen gemacht zum Kollegen Hötzl, obwohl das ja eigentlich eine ganze Rede wert wäre. Aber zwei Dringen sind mir schon aufgefallen. Gott sei Dank gibt es für uns viele Spitzenpolitiker, die ihre Aufgabe so ernst nehmen und ich danke der Lisa und ich danke dem Gerhard, dass sie ihr Ressort sehr ernst nehmen, auch wenn das da sehr kritisch gesehen wird, ich bin froh, dass wir solche Politiker haben, die ihre Ressorts ernst nehmen (*Applaus Grüne*). Das Zweite, was ich noch sagen möchte, wenn das die neue Art der Wortmeldung der FP zu Jahresabschlüssen ist, was war der wesentliche Inhalt? Es gibt eine Altstadtbim und wir wissen nicht, was sie kostet, bis heute nicht, wenn das die neue Budgetpolitik ist, dann muss man wirklich einsparen. Aber es ist nicht mehr oder weniger gekommen, es gibt eine Altstadtbim, die ist wichtig und wir wissen, also wir wissen noch immer nicht, was sie kostet. Ich weiß nicht, ob es die FPÖ schon weiß, die hat es beschlossen, bis jetzt gibt es offiziell keine Zahlen darüber, was die kostet. Wir haben gefragt und da hat es geheißen, es wird erst ermittelt. Aber lassen wir die Nebenschauplätze, gehen wir zum Wichtigen. Als Erstes einmal wichtig, danke für die Zahlen, die geliefert wurden, der Gerhard hat es erwähnt, es gibt bei uns eine lange Tradition hier, gute Zahlen zu

liefern, wo alles integriert ist, konsolidierte Betrachtung und danke auch für die konkreten Zahlen, also ich komme später darauf zurück, sie bestätigen einiges, was früher in der Budgetpolitik in Graz durchaus üblich und wichtig war. Ein kleines bisschen schimpfen muss ich auch, wenn ich darf, es ist der letzte Abschluss vor dem Einfluss des Stabilitätspaktes. Der neue Stabilitätspakt hat genau Null-Komma-Josef Einfluss darauf...

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Umgekehrt.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Du hast umgekehrt gesagt einmal, aber in der letzten Folie, wenn du dir das anschauen magst, da steht es umgekehrt drauf. Du hast gezeigt, dass er gewirkt hat, das stimmt nicht, es war ein kleiner Fehler, kann passieren. Zuerst hast du es richtig gesagt, die Basis im Stabilitätspakt wurde bestätigt, auf das komme ich noch einmal zurück. Auch danke dafür, dass keine Löcher weder vor noch nach Wahlen sich auftun, ich glaube, das ist auch was Wichtiges. Ich muss auch andeuten, vorher hättet ihr es ein bisschen schwer gehabt, ich hätte wahrscheinlich genau geschaut; ob ich alles gesehen hätte, weiß ich nicht, aber ich glaube, wir haben da gemeinsam sehr gut geschaut, dass wir diese Überraschungen nicht haben. Es war eine sehr seriöse Budgetpolitik, sämtliche Budgets haben gehalten und dergleichen weiter. Was noch früher war, früher konnten wir für mehrere Jahre vorausplanen, das scheint jetzt der Diskussion folgend nicht mehr der Fall zu sein, ist natürlich schade, kann man eh nur zur Kenntnis nehmen, aber wirklich fortschrittlich, wirklich gut ist das nicht, früher konnten wir langfristige Budgetprognosen erstellen, die haben auch gehalten. Aber ich glaube, der Abschluss 2012 ist es wert, wirklich auf die großen Zahlen zu schauen, das ist ja der letzte Abschluss einer alten

Regierungsperiode, wo halt noch gewisse Werte gegolten haben, wo man durchaus schauen kann, was ist in längerer Zeit passiert und ich glaube, da sind ein paar Folien dann sehr gute Antworten. Aber wenn wir uns die Budgetdebatten der letzten Jahre vorüberpassieren lassen, was war immer das Wesentliche, es hat immer geheißen, die Schulden explodieren, so kann es nicht weitergehen und dergleichen. Na klar, der Gerhard Rüschi hat das gesagt, man muss genau hinschauen bei Budgets, man muss auch sparen, es muss einen gewissen Druck geben, aber man muss schon ganz klar sagen, all diese Horrormeldungen, die da jedes Mal gekommen sind, sind völlig daneben gelegen. Aber warum sagt die FPÖ heute nichts, sonst schreien sie bei jedem Budget, die Schulden explodieren, das zehnte Mal überschreiten wir diese Milliarde, im Prinzip ist der Schuldenstand unverändert geblieben. Das BZÖ ist eh nicht mehr da, Gerald Grosz wäre da der Weltmeister beim Schreien von Halbwahrheiten und Lügen, was denn alles mit dem Budget passiert. Ich würde auch die Presse ersuchen, einmal da hinzuschauen, was wirklich passiert ist, bei jedem Budget hat es geheißen, wie schlimm schaut es um die Stadt Graz aus, die Schulden explodieren und, und, und, und ich weiß nicht, ob Sie die Folie vom Gerhard Rüschi noch im Kopf haben, der Nettoschuldenstand in den relativen vier oder fünf Jahren ist gar nicht gestiegen, wir sind Ende 2009 bei 1,035 gewesen, sind Ende 2012 bei 1,089, das ist eine Spur mehr, wenn man Groschen zählt, sage ich jetzt schon fast in Prozent, über vier Jahre ist es so gut wie konstant, aber und auch dafür bin ich sehr dankbar, es setzt sich was durch, was vor fünf Jahren noch undenkbar gewesen wäre, die Vernunft hat Einzug gehalten und wir schauen die Schulden auch real an. Wir reden nicht nur von Zahlen, die eh kein Mensch versteht, weil wer versteht schon 1,035 oder 1,089 Milliarden, aber wenn man schon von so großen Zahlen redet, dann ist das durchaus sinnvoll und es ist auch in der schriftlichen Version drinnen, eigentlich muss man ja schauen, was diese Schulden wert sind, das heißt real berechnen inflationsbereinigen und dann kann man sagen, in den letzten vier Jahren sind die Schulden der Stadt Graz gesunken, wenn auch nur minimal. Wenn man sagt, wir sind gleich geblieben, passt genauso. Aber das Wesentliche ist, wir haben

Schulden vier Jahre lang konstant halten können und das mit einer Investitionspolitik, die ok war. In Graz hat es Visionen gegeben, es hat Umsetzung gegeben, es ist einiges passiert, für manche vielleicht auch das Falsche, das mag in der Politik so sein, aber wie Gerhard Rüschi dargestellt hat, wir haben in den fünf Jahren zirka 700 Millionen oder 650 hochgerechnet, wir haben rund 700 Millionen investiert. Das ist einfach das vernünftige Investitionsvolumen für die Stadt Graz, da lässt sich etwas gestalten, da lässt sich etwas machen, da kann man ÖV ausbauen, da kann man andere Dinge machen, damit lässt sich gut Politik machen und damit bleiben die Schulden konstant. Was passiert jetzt? Jetzt gibt es einen Stabilitätspakt, der geht runter auf 520 Millionen, warum ist dieser Rückschritt notwendig, warum kann man nicht weiter in einem vernünftigen Ausmaß investieren, dass die Schulden konstant bleiben, das verstehe ich nicht ganz, das war für uns auch der Grund, diesen Stabilitätspakt nicht zu unterzeichnen, weil der eben, ich meine, wir reden meistens nur von 100 freien, das ist eh eine verkürzte Geschichte, wesentlich sind diese 520 Millionen Gesamtinvestitionen und die sind halt um 100 bis 200 Millionen zuwenig, wir sehen es eh bei den Gemeinderatsbeschlüssen, die haben sie jetzt gleich aufgebraucht, 420 waren schon weg, die 100 freien sind heute zu 75, 77 weg, 80 sogar, im Prinzip haben wir jetzt alles verbraucht, was man in den nächsten vier Jahren machen können und so lässt sich Politik nicht gestalten, darüber wird man nachdenken müssen, aber das war auch schon vorher bekannt. Aber ich muss einfach sagen, danke für diesen Abschluss, danke für die Leute, die ihn ermittelt haben, auch dem Rechnungshof, der geprüft hat, aber es wäre auch wert, die Vier-Jahres-Perspektive anzuschauen, weil die Abgrenzungen sind da ein bisschen wackelig, aber in vier Jahren vernünftig investieren und keine steigenden Schulden, ich glaube, das ist einen Applaus wert. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte jetzt das ähnliche Muster machen wie der Gerhard Wohlfahrt und sagen, wo wir nicht dabei waren, war natürlich alles schlecht und ab 2013 beginnt die schöne Zukunft.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Probiere es.

GR. Mag. **Haßler**: Werde ich aber nicht machen. Du hast angesprochen, also mehr investieren, weniger Schulden machen. Die Lisa Rücker hat gesagt, es gibt keinen Plan, bei ihnen hat es noch einen Plan gegeben usw. Dann frage ich euch, womit sollen wir überhaupt noch planen? Wir haben 520 Millionen Euro zur Verfügung, 420 Millionen davon habt ihr uns schon verplant, das haben wir übernommen (*Applaus SPÖ*) und das müssen wir jetzt mittragen und da war auch einiges dabei, ich nehme ein Projekt heraus, habe ich selber mitgestimmt, das tut mir heute noch leid, die Verlängerung des 7er mit der Wendeschleife, ein paar hundert Meter für 30 Millionen Euro würde ich heute mit dem Wissen des Finanzstandes nie mehr machen. Wir haben 100 Millionen Euro zur Verfügung gehabt und mit diesem Geld kann man momentan nur mehr das Notwendigste machen. Wir haben jetzt eine Diskussion gehabt auch im Finanzausschuss zum Thema Sturzgasse. Seit Jahren, Jahrzehnten wissen wir, dass die Sturzgasse desolatest beieinander ist, habt ihr euch in euren fünf Jahren darum geschert, wie es da unten aussieht, mit Sicherheit...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

GR. Mag. **Haßler**: ...Projekt da ist, aber nicht finanziert, kein einziger Cent dafür wurde zur Verfügung gestellt, obwohl, wenn man sich die Zahlen anschaut, allein das Jahr 2012 bei den Müllgebühren ein Überschuss von 12 Millionen Euro da ist. Geld, was die Grazerinnen und Grazer für die Müllentsorgung zahlen und was übrig bleibt von dem, was die Holding bekommt. Allein mit dem könnten wir das jetzige Projekt schon fast finanzieren. Also wenn ihr Prioritäten setzen hättet wollen, vernünftige, hättet ihr es tun können, ihr habt es aber nicht gemacht. Was uns wichtig ist, weil danach gefragt wurde, Prioritäten zu setzen, da wird noch eine große Herausforderung auf uns zukommen, das ist der Bereich Bildung. Ihr werdet es ja aufmerksam mitverfolgt haben, es hat ja einen Bericht gegeben, 132 Millionen Euro ist der Bedarf an Schulausbau bis 2020, so der Bericht, der uns damals vorgelegt wurde und alleine in dieser Periode sollten noch 30 Millionen Euro folgen. Wenn Ihr euch die Schulen anschaut und ist jetzt ein Vergleich mit der Sturzgasse. Im Osten von Graz mache ich mir keine Sorgen, da gibt es wunderbare Neubauten, tolle Schulen zum Teil, im Westen von Graz bröckelt der Putz herunter, das sind Schulen, die haben nicht einmal einen Turnsaal, da können die Klassenräume nicht einmal mehr gescheit benutzt werden, also da haben wir einen riesigen Bedarf und da gilt es, Prioritäten zu setzen. Leider haben wir die Mittel dafür nicht mehr, es sind 20 Millionen Euro noch da und dann komme ich auf das nächste Thema zu sprechen, die Zukunft und die Herausforderung. Ich glaube, eine der größten Herausforderungen wird es sein für den Herrn Bürgermeister und für den Herrn Finanzstadtrat, beim Finanzausgleichsgesetz das zu erreichen, was Graz zusteht. Wir haben beim City Benchmark gehört, dass Graz im Schnitt, und da waren keine großen Städte dabei, da war Villach, St. Pölten, Linz, glaube ich, dabei und Wels, wir sind in der Kopfquote pro Bürger um 100 Euro benachteiligt im Durchschnitt und diese 100 Euro bedeuten pro Jahr rund 30 Millionen Euro Mehreinnahmen. Da müssen wir unsere Energie hinwenden, wenn wir das schaffen, dann haben wir wieder einen Spielraum (*Applaus SPÖ*). Wenn wir so weitermachen wie jetzt, wird dieser Spielraum sehr, sehr gering sein und wir müssen bei jedem Projekt, und da steht, glaube ich, nichts außer Streit,

weder die Kultur, noch den Sport, noch andere Dinge, müssen bei jeder Ausgabe genau hinschauen und was ich auch nicht möchte, was immer angesprochen wird, wir müssen beim Personal sparen. Ich kenne es von der eigenen Firma. Immer das Personal muss gespart werden, es müssen weniger Leute mehr machen, das kann ich gar nicht mehr hören. Es wird genügend sinnloses Geld bei Projekten ausgegeben, wir haben über 20 Millionen im Subventionsbereich, die wir frei vergeben, da müssen wir hinschauen und dann werden wir in Zukunft auch noch weitergestalten können. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Gerald, zuerst habe ich schon geglaubt, ich muss jetzt sagen, mir kommen die Tränen, wie ich reden gehört habe, aber das hat sich dann geändert. Es waren viele Dinge dabei, die völlig richtig waren. Finanzausgleich usw. also überhaupt keine Frage. Aber das mit den 520 Millionen, das hat schon mehrere Seiten. Erstens einmal es hat euch keiner gezwungen, dem Stabilitätspakt beizutreten, der 520 Millionen reinschreibt, ich habe die Zahl immer kritisiert, du hättest mich gerne fragen können, du wusstest es, dass es zu wenig ist, dann beschließt es nicht.

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ja, das hat es bei uns auch immer geheißen, dass die Schulen... hast du das Spiel noch nicht durchschaut, dass es jedes Mal am Anfang heißt, die Schulen explodieren und im Endeffekt so schlimm war es nicht. Also ich habe mir das angeschaut, also Explosion schaut anders aus. Implosion ist auch übertrieben, es ist

ein bisschen weniger geworden real, viel nicht. Dass man real rechnen kann, dass man die Situation bereinigen muss, ich glaube, das wisst ihr selber auch, also tut da einfach schauen, besser planen. Das Zweite, was du gesagt hast, 420 hätten wir verplant, weil nur 100 frei sind, Entschuldigung, das ist ein aufgelegter Blödsinn, du weißt genau, dass die laufenden Ausgaben pro Jahr drinnen sind, ihr habt nicht 420 von uns übernommen, ihr habt natürlich ein paar Projekte zum Fertigmachen, so wie bei jeder Übergabe, haben wir auch bekommen, wir haben nicht gejammert, ihr habt natürlich gesagt, 50 Millionen sind so quasi laufend, die man eh haben muss, die können wir nicht frei vergeben, deswegen habt ihr nur 100 Millionen frei, das stimmt schon, dass das schon verplant ist, aber das sind eure Entscheidungen, ihr habt das mitgetragen, ihr habt das mitbeschlossen. Und eines muss ich schon auch sagen, was sich vielleicht ein bisschen geändert hat zum letzten Mal, auch bei uns waren die Kassen knapp bei der Übernahme, wir haben uns genau überlegen müssen, was wir tun, haben das getan, das Gleiche gilt für euch. Ihr habt vielleicht den Gürtel zu eng geschnallt, meine Ansicht, kann man darüber diskutieren, aber eines wundert mich schon, den Gürtel so eng zu schnallen und gleich am Anfang die Parteisubventionen so deutlich zu erhöhen, das ist mutig, das muss man echt sagen, da sieht man, wo die Prämissen sind (*Applaus Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt diese Debatte nicht über Gebühr verlängern, aber Kollege Haßler, das muss ich ins richtige Licht rücken oder muss eigentlich sogar widersprechen. Es gibt keine Schulen, wo Klassenzimmer nicht zu benutzen sind, weil sie in irgendeiner Form in einem baulich schlechten Zustand wären, Putz bröckelt runter, das haben wir bald einmal, aber ich verwehre mich dagegen jetzt, das so im Raum stehen zu lassen, und auch die Differenzierung zwischen...

Zwischenruf GR. Mag. Haßler: Schauen Sie sich die Schulen an.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ich kann gerne auch wen mitnehmen, ich bin wöchentlich in einigen Schulen. Es ist keine Frage, dass da und dort Investitionsbedarf besteht, das ist so und das ist ja auch eine Erbschaft aus den letzten Jahrzehnten, würde ich fast sagen, dass nicht an allen Standorten in ausreichendem Maße investiert werden konnte. Eine Differenzierung zwischen Ost und West ist einfach unzulässig, weil es nicht richtig ist. Es gibt sowohl links der Mur wie rechts der Mur Top-Schulstandorte, es gibt sowohl links der Mur wie rechts der Mur Investitionsbedarf. Und das von uns vorgelegte Schulentwicklungskonzept, das Standortskonzept, das umfasst tatsächlich ein Volumen von rund 130 Millionen ohne Einrichtung, ohne Mehrwertsteuer, das wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen. So gut es geht, ganz klar nach den Prioritäten, in erster Linie ausreichend Schulplätze zu schaffen, dafür sind wir auch bis jetzt zuständig, wir möchten natürlich auch unseren Beitrag leisten, dass die ganztägigen Schulformen, die Nachmittagsbetreuung entsprechend zeitgemäß für die Kinder zur Verfügung stehen. Es geht um Bewegungs- und Sporteinrichtungen, es geht um Arbeitsplätze und ein Arbeitsumfeld für die PädagogInnen. Es wurde ein Paket von, glaube ich, 22,5 Millionen abgearbeitet, ein weiteres Paket steht vor der Tür in der genannten Höhe. Das ist eine große Herausforderung, aber bitte stellen wir es nicht so dar, als wenn unsere Kinder und unsere Pädagoginnen und Pädagogen unter unzumutbaren Bedingungen lernen müssen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Frölich:** Es gibt jetzt sehr viel zu sagen, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben einige der angesprochenen Themen, und ich blende jetzt zurück, heute ja auch im Ausschuss besprochen, der City Benchmark-

Bericht ist angesprochen worden, nicht uninteressant. Ich verweise deshalb darauf, weil wir als ÖVP natürlich auch in der vergangenen Periode ja, ist erwähnt worden, Verantwortung übernommen haben und wir haben es dort geschafft, dass wir bei den dort analysierten Indikatorengruppen einen Turnaround geschafft haben, 2005 waren wir als Stadt Graz bei diesen Indikatoren, das sind wiederkehrende Einnahmen, wiederkehrende Ausgaben, Gebarungsstruktur und Kennzahlen betreffend die gesamte finanzielle Leistungsfähigkeit, schlechter als die Referenzstädte, 2011 waren wir besser. Wir haben das schon diskutiert, im Mai hatten wir ja unseren Stadt-Graz-Rechnungsabschluss, der jetzt konsolidiert vorliegende mit allen Beteiligungen zeigt schon einiges und ich bin froh, dass wir das als einzige Stadt in Österreich machen, weil deshalb können wir auch so offen darüber sprechen. Die Sturzgasse ist angesprochen worden, Gerald Haßler, du weißt, dass ich da eine ganze andere Sicht der Dinge habe. Wenn wir jetzt wieder anfangen zu sagen, wir haben da einen Bereich Abfall und dort gibt es ein Geld und da nehmen wir das Geld und stecken das dort in die Gebäude rein, dann können wir uns die gesamte Konsolidierung und das Haus Graz, die gesamte konsolidierte Sicht und das Haus Graz wieder sparen, weil dann fangen wir an zu sagen, dort habt ihr ein Geld und ihr könnt es verwenden, wofür ihr wollt. Es ist absolut notwendig, dort diese Investition durchzuführen, ja, aber die Stadt hat nicht die Verantwortung für eine Tochter, für ein Unternehmen, das hier offenbar die Prioritätenliste bei den Investitionen anders gesetzt hat in den vergangenen Jahren. Die Holding investiert, ich hoffe, ich liege da nicht falsch, zirka 50 Millionen Euro pro Jahr so im Schnitt. Da haben die Verantwortlichen dort nicht reagiert und dort eben die Gebäude nicht saniert, ganz eine wichtige Geschichte. Ein bisschen gewundert habe ich mich, dass die Frau Kulturstadträtin, liebe Lisa Rücker, hier etwas, ich darf so sagen, etwas wehleidig mäandert über diese Situation mit den mehrjährigen Kulturförderungen. Also ich würde gerne wissen, was du den 50 Institutionen sagst, die du in Geiselhaft genommen hast und wo du gesagt hast, nein, du lehnt das Angebot ab, dass man dort mehrjährige Förderverträge macht. Ich würde mich wundern, was du denen

erklärst, warum die in Geiselhaft in einer Ecke sitzen müssen und aufgrund deiner Befindlichkeit diese Förderungen jetzt nicht bekommen momentan. Ich glaube, man muss einfach ins rechte Licht rücken, es gibt kein klareres Ziel als das Ziel, das im Stabilitätspakt definiert ist, nämlich eine nachhaltige Budgetkonsolidierung und eine nachhaltige Definition, wie der Schuldenstand am Ende der Laufzeit des Stabilitätspaktes ausschauen soll und der gute Herr Laotse hat schon gesagt, nur wer sein Ziel kennt, kennt den Weg, nicht der Weg ist das Ziel. Ich kann jetzt viele Wünsche äußern und jedes Jahr viele, viele schöne Dinge mir wünschen, nein, wir haben ein Ziel definiert und dieses Ziel gehen wir an und das Ziel wird jetzt abgearbeitet. Das ist der wesentliche Punkt, ich glaube, dass wir 2017 an einem sehr erfolgreichen Punkt stehen werden mit den Ziffern, die wir bis dorthin anstreben. Den langen 7er, lieber Gerald, lasse ich mir auch nicht in Geiselhaft nehmen, weil da haben wir es zu tun mit einer unglaublichen Entwicklung in diesem Bereich, mit einer 320 Million-Investition der Bundesimmobiliengesellschaft, ein neuer Universitätsstandort entsteht und es gibt ausführliche Untersuchungen, warum es notwendig ist, dort eine entsprechende Situation zu schaffen, wo verlängerte Straßenbahnzüge auch aneinander vorbeifahren können müssen, und ein Verkehrsfinanzierungsvertrag zwischen Bund, zwischen der KAGES beziehungsweise dem Klinikum, dem Land und der Stadt sind Grundlage dieser Investition dort. Ich glaube, wenn man eine Gesamtsicht präsentiert bekommt mit eindrucksvollen Ziffern, dann soll man nicht Einzelnes herauspicken, um sich dann sein Argumentationskonstrukt zu formen. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch noch einmal für die großartige Arbeit, die da im Zusammenhang mit der Problematik Doppik hier gelungen ist, dass man das zusammengeführt hat und diesen konsolidierten Bericht vorgelegt hat. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Ich möchte eigentlich reagieren auf die Diskussion, die jetzt stattgefunden hat und zwar es ist eigentlich schon auffällig, wenn wir jetzt, du hast es, Gerald, angesprochen, wegen der Gebühren. Ich kann mich noch erinnern auf die Diskussion, wie das Budget beschlossen wurde, wie wir zum Thema Gebührenerhöhungen uns geäußert haben, wie es immer wieder geheißen hat in den letzten Jahren, naja die Gebührenerhöhungen sind einfach notwendig, weil das kostet so viel. Und jetzt kommen wir auf der einen Seite drauf, dass es an und für sich diese Gebührenerhöhungen doch ausschließlich dazu oder der Mehrwert dieser Gebühren jetzt ausschließlich nur für die Budgetsanierung hergenommen wird und nicht tatsächlich für die Angelegenheiten, also für die sie eigentlich eingehoben werden. Und das, denke ich mir, das finde ich schon bedenklich (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ganz kurz noch, zunächst freut es mich besonders, dass die Arbeit der Finanzdirektion so geschätzt wird, nämlich das Zusammenführen von kameraler Rechnung mit Doppik etwas, was in ganz Österreich intensiv diskutiert wird. Wir haben es in den wichtigen Grundsätzen, in den wichtigen Kennziffern seit einigen Jahren und diesem Dank an die Finanzdirektion ist nichts hinzuzufügen. Ich freue mich ebenfalls darüber. Zweites möchte ich durchaus auch nicht anstehen, dem Gerhard Wohlfahrt zu danken und zwar einfach deshalb, weil er damit eben auch dazu steht, das Lob, das er ausgesprochen hat, trifft natürlich auch zu einem entsprechenden Teil die Grünen, denn wir haben die Budgetpolitik in der letzten Periode tatsächlich gemeinsam gemacht und wenn es auch bei vielen Einzelfragen durchaus unterschiedliche Positionen gegeben hat, die Grundlinie hat sicher gestimmt. Ich möchte gerne zu einzelnen Punkten noch etwas sagen. Erstens, für mich ist eben die freie Szene kein Randthema, liebe Frau Polz-Watzenig, das war der Grund, wieso wir angeboten haben, verlängern wir für diejenigen, die es am meisten benötigen, die Verträge und schließen wir mit diesen Drei-Jahres-Verträge ab, das

war der Grund. Wurde nicht akzeptiert von euch. Für 2013 und 2014 sind alle Förderungen sozusagen genehmigungsfähig, alle, es geht nur um die Frage, was ist nach dem Jahr 2014, was ist ab 2015. Für die freie Szene, für die unter 100.000 hätten wir diese Verlängerung angeboten und für die anderen nicht. Es ist schon ein bisschen so, wie es gesagt wurde, Sie nehmen damit die Kleinen ein bisschen in Geiselnhaft, um Druck auszuüben. Wir haben angeboten für diese Kleinen die dreijährigen Förderungsverträge abzuschließen. Zweitens, irgendwann, glaube ich, muss man einfach ein klares Wort sagen, die jetzigen drei Parteien, die Stabilitätspaktparteien, haben sozusagen keine inhaltlichen Vorstellungen, das ist doch gelinde gesagt wirklich ein bisschen ein Blödsinn, um das einmal ehrlich zu sagen. Es gibt ein Hochwasserschutzprogramm, das beschlossen ist, das fortgeführt wird, es gibt bei Schulen ein Programm, der Kollege Detlev Eisel-Eiselsberg hat es ausgeführt, es gibt beim Verkehr einen Finanzierungsvertrag mit der Holding, der bis zum Jahr 2017 ganz klare Investitionsvorstellungen hat, haben wir ja gemeinsam ausgearbeitet. Es gibt beim Wohnen die Zusage, dass wir diese 500 Gemeindewohnungen, Übertragungswohnbau, so wie in der letzten Periode gemacht haben und es gibt bei Soziales sehr, sehr viele gesetzliche Vorgaben, die wir ohnehin nicht bestimmen können. Also wir haben in vielen Bereichen ohnehin Programme, die weiterlaufen. Mir kommt es ein bisschen so vor, das ist schon irgendwie ein sehr, ich weiß nicht, die Position, wie ich sie nennen soll. Die Grünen lehnen sich zurück und sagen, ja liebe Leute, jetzt macht einmal, schaut einmal, was ihr inhaltlich bietet, wir werden es dann überlegen, sind wir dafür, gehen wir mit, sind wir nicht dafür, sind wir nicht dabei. Aus meiner Sicht habt ihr für die Kultur nichts Gutes getan, dass ihr den Stabilitätspakt nicht unterfertigt habt. Denn bei den inhaltlichen Diskussionen, die es jetzt gibt, ist von den Grünen und damit für die Kultur niemand explizit dabei, das ist meine Meinung dazu und ich denke, dass es eine sehr gute Geschichte gewesen wäre, wenn die Grünen da tatsächlich mitgegangen wären. Dass es aus parteipolitischen Gründen möglicherweise nicht so gut euch angestanden hätte, da mitzugehen, kann ich verstehen, für die Kultur, glaube ich, ist da nichts

Gutes gemacht worden (*Applaus ÖVP*). Ich möchte an dieser Stelle den Stabilitätspakt nochmals ganz kurz verteidigen, weil es hier eben auch in Ergänzung, inhaltlich wissen wir nicht, wohin es geht, habe ich jetzt ausgeführt, dass da sehr vieles klar ist und ihr habt nur sozusagen den Budgetpfad zusammengebracht. Ich denke, dass in einer Zeit wie dieser, bei diesen unsicheren konjunkturellen Auswirkungen und zweitens zum ersten Mal bei einer Zusammenarbeit von drei Parteien, also von mehr als zwei Parteien, es schon sehr wichtig ist, am Anfang zunächst einmal zu sagen, halt, unser Budgetpfad und unsere Budgetentwicklung geht in die und die Richtung. Ich glaube, dass damit sehr viel gelungen ist, da ist insgesamt sehr viel gelungen und ich hoffe auch, dass wir ihn tatsächlich einhalten, bisher spricht alles dafür. Abgesehen davon, dass beim Stabilitätspakt zum Beispiel auch das Stadtentwicklungskonzept mit dabei ist und sich damit die drei Paktpartner sehr klar für diesen Stabilitätspakt entschlossen haben.

Eine letzte Geschichte, das kann ich einfach nicht so stehen lassen, das betrifft die Gebühren, Frau Bergmann. Das ist eben der Unterschied zwischen Kameralistik und Doppik. Kameral ist einfach Einnahmen, Ausgaben, die Einnahmen übersteigen die Ausgaben, also haben wir einen Einnahmenüberschuss, ja soweit so gut. Aber in der Doppik in der Berechnung, wo es eben nicht um Einnahmen und Ausgaben geht, sondern um Aufwendungen geht, wird eben berücksichtigt, dass man vorsorgen muss für Pensionen etwa, dass man bei Investitionen Abschreibungen in die Rechnung hineinnehmen muss und wenn das gemacht wird und dann gegenübersteht, wie die Einnahmen, Erträge sind, dann sehen wir, dass wir derzeit zwar einen leichten Überschuss haben, aber dass wir im Laufe der letzten zehn Jahre nach wie vor unter der Kostendeckung sind. Darf ich das wiederholen? Unter der Kostendeckung, und das können wir einfach nicht wegdiskutieren, aus diesem Grunde ist, glaube ich, auch sehr wichtig, dass wir sagen, wir müssen eben auch bei den Gebühren zumindest für eine Werterhaltung sorgen, indem wir eben eine Valorisierung nach dem Verbraucherpreisindex ansetzen und wenn jemand sagt, es gibt einen Überschuss, dann hat er Recht selbstverständlich, aber das ist halt in der Einnahmen-

/Ausgabenbetrachtung. Der hilft uns in diesem Fall nicht allzu viel, weil man dafür vorsorgen muss. Insgesamt, denke ich, sind wir auf einem Weg, der jedenfalls bis jetzt ganz eindeutig dem Plan und den Erwartungen entspricht, der uns in der Zukunft sicherlich sehr viel Ausgabendisziplin abfordern wird. Vielleicht nur eine kurze Antwort an den Kollegen Haßler, es geht nicht, einfach zu sagen, beim Personal, wir müssen runter, sondern es geht natürlich darum, klug zu überlegen, was können wir tun. Ich glaube, das letzte Beispiel, das wir gehabt haben bei der Lebensmittelkontrolle, war in diesem Fall ein sehr gutes Beispiel. Es ist ein Personalbedarf angegeben worden. Der Magistratsdirektor hat mit seiner Reformtruppe die Situation beleuchtet, es wurden organisatorische Verbesserungen vorgeschlagen und wir konnten jedenfalls einen großen Teil der Personalwünsche, die hier und jetzt entstanden sind, nicht auflösen, aber wir müssen sie jedenfalls nicht befriedigen, kommen insgesamt mit einem niedrigen Personalaufwand bei der Lebensmittelkontrolle durch, einfach durch organisatorische Verbesserungen und nicht durch Leistungseinbußen. Also insofern wird das sicherlich ein Thema für die nächste Zeit sein. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt 6) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 12) wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Bergmann

4) A 8-22996/2006-38

Umfassende Sanierung der Wohnhäuser
Schönaugasse 116, 118
Darlehensaufnahme in der Höhe von
€ 1.222.394,00 beim Land Steiermark

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** In diesem Stück geht es um die umfassende Sanierung der Wohnhäuser in der Schönaugasse 116 und 118. Derzeit findet eine umfassende Sanierung dieser beiden Wohnhäuser statt. Die Gesamtkosten für die Sanierung werden rund 1.222.000 Euro betragen. Für diese Sanierung wurde beim Land Steiermark wieder um Wohnbaufördermittel angesucht, um ein Darlehen. Das Land Steiermark hat dieses nun gewährt, ein Darlehen von eben diesen 1,222.000 Euro mit einer Verzinsung von 0,5 % per anno und einer Laufzeit von 25 Jahren. Die Stadt Graz verpflichtet sich in diesem Zusammenhang zur Verpfändung der nachstehend aufgelisteten Miteigentumsanteile dieser Liegenschaften und es wurde auch ein Veräußerungsverbot eingeräumt. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit c des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit beschließen:

Die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von €1.222.394,00 auf Basis der Bestimmungen des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 und der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz wird zu den Bedingungen des beiliegenden Schuldscheines und der beiliegenden Förderungszusicherung, die integrierende Bestandteile dieses Beschlusses bilden, genehmigt.

Zur Sicherstellung des Betrages von € 1.222.394,00 samt 0,5 % p.a. Zinsen, 5,5 % Verzugs- bzw. Zinseszinsen und der Kautions in der Höhe von € 122.239,40 verpflichtet sich die Stadt Graz gemäß Schuldschein zur Verpfändung von nachstehend aufgelisteten Miteigentumsanteilen der Liegenschaft EZ 2056, Grundbuch 63106 Jakomini, Gerichtsbezirk Graz-Ost, sowie zur Einräumung eines Veräußerungsverbot.

Anteil: 35/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 3, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 30/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 1, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 35/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 2, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 39/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 3, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 30/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 4, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 29/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 5, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 36/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 6, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 40/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 7, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 30/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 8, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 29/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 9, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 36/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 10, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 40/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 11, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 31/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 12, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil 28/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 13, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 35/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 14, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 38/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 15, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 30/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 64, Schönaugasse 116 untrennbar verbunden ist

Anteil: 28/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 1, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 35/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 2, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 28/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 4, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 29/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 5, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 36/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 6, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 36/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 7, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 36/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 10, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 36/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 11, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 29/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 12, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 28/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 13, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 35/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 14, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 35/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 15, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Anteil: 28/2037, Stadt Graz, mit denen Wohnungseigentum an W 16, Schönaugasse 118 untrennbar verbunden ist

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (45 : 0).

Berichterstatter: GR. Dr. Piffel-Percevic

NT 20) A 10/BD-010010/2011-64

Smart City Project
Vereinbarung
Stadt Graz – Grundeigentümer

9) A 14-018683/2013-25

3.21 Flächenwidmungsplan der
Landeshauptstadt Graz
21. Änderung 2013
Beschluss

GR. Dr. **Piffel-Percevic:** Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Der Raumordnungsausschuss hat heute unter anderem auch zwei Stücke, zwei wichtige Stücke, zur Beschlussfassung gehabt, die ich kurz vortragen möchte. Es geht um die Entwicklung des sogenannten Stadtteils Graz Mitte, hat noch das Attribut Smart City

mittlerweile inhaltlich dazubekommen, weil es geht hier tatsächlich um die nachhaltige Entwicklung eines ganzen Stadtteiles als Leitprojekt im Sinne des schonenden Umgangs mit Energie und der Umwelt und insgesamt eine höhere Qualität in der Nutzung unserer städtischen Flächen. Es handelt sich, ich mache, wie gesagt, die Berichterstattung zu den beiden Stücken gemeinsam, da geht es um einen Vertrag und um die Änderung des Flächenwidmungsplanes. Ich werde zu den anderen Stücken, die darin enthalten sind, nämlich insgesamt acht Flächenwidmungsplanänderungen, dann noch im Anhang berichten. Ich beziehe mich jetzt auf diese Smart City. Es geht um eine Fläche von insgesamt dort 12,8 Hektar sozusagen im Umfeld der List-Halle, östlich und westlich der Waagner-Biro-Straße. Das ist das Areal, das uns in Hinkunft noch intensiver beschäftigen wird. Heute steht auf der Tagesordnung eine Teilfläche, diese 12,8 Hektar östlich der Waagner-Biro-Straße, also unmittelbar nördlich von der List-Halle bis hin zur Peter-Tunner-Gasse. Und hier enthält das Stadtentwicklungskonzept, das wir schon bereits beschlossen haben, 4.0, natürlich die oberste Leitlinie, von der wir uns in keinem Punkt entfernen dürfen. Wichtig, 4.0 Stadtentwicklungskonzept wird bedingungslos eingehalten. Es geht in diesem Stadtentwicklungskonzept, wissen wir, ist ja auch zum Beispiel der Parameter der Bebauungsdichte, parzellenscharf festgehalten, dort steht 0,5 bis 2,0 Bebauungsdichte. Wir haben hier ein Gebiet vor uns, das eines der wenigen, aber, glaube ich, intelligent rechtlich behandelt in der Form, dass wir bisher Gewerbe-, Industriegebiet haben, wir haben dort die Industriebrache von Waagner-Biro und das wurde überlagert in der Ausweisung mit Bezirks- und Stadtteilzentrum, also das ermöglicht Kerngebiet, Wohnen und dergleichen. Wir stehen jetzt, heute vor dem Schritt, das endgültig in Richtung Wohnen, Kerngebiet und Bezirkszentrum sozusagen hinüberzuführen, von diesen zwei Möglichkeiten, die eine sozusagen, die Weiche zu stellen, damit hier zu 60 % ein Wohngebiet wird von dieser Fläche, zu 20 % Handel-, Gewerbe- und Büronutzung ermöglicht wird und zu 20 % sozusagen die Infrastruktur mit Parken und dergleichen. Richtig ist, dass wir 1,6 Hektar von den Grundstückseigentümern für die Verkehrs- und Infrastrukturflächen kostenlos und

nicht nur kostenlos übereignet bekommen, sondern bereits mit der hergestellten Infrastruktur übereignet bekommen. Es ist das ein Gegenwert von fünf Millionen Euro, den wir uns sozusagen an Investment ersparen, Fläche plus Infrastruktur. Da es ein sehr ehrgeiziges Vorhaben ist, hier unmittelbar entlang der Südbahn, entlang des Bahnhofes bedarf es auch neuer Wege rechtlicher Natur, in dem wir uns für unsere Zielvorstellungen, die wir ja in viel detaillierten Punkten uns erwarten, auch einen Vertrag mit den Grundstückseigentümern abschließen wollen. Dieser Vertrag liegt als erstes zur Beschlussfassung vorliegendes Stück uns 20) vor. Er ist gestern im Ausschuss intensiv behandelt worden und heute Nacht noch intensiv von den Vertragspartnern inklusive unserer Beamtenschaft, ein herzlicher Dank dafür, der Herr Baudirektor ist auch hier, und auch der Leiter der Planungsabteilung Dipl.-Ing. Inninger samt MitarbeiterInnen waren hier heftig involviert, auch mit Zuhilfenahme eines externen Fachmannes, das ist der Herr Prof. Georg Eisenberger gewesen. Wir legen in diesem Vertrag unsere Zielvorstellungen, Flächenmix, Abtretung der Flächen fest bis hin zu den Kosten über die Vergebührung und die Vermessungskosten, um genau ein Produkt zu haben, zu dem wir uns bekennen können, und zwar jetzt schon fest, wo es um den Flächenwidmungsplan geht. Die ganze Entwicklung dieses Gebietes, auch ein Punkt, wird nur nach weiteren Architekturwettbewerben vorzunehmen sein, das mündet dann in den Bebauungsplan, der uns zwischenberichtet werden wird, das haben wir heute auch festgelegt im Ausschuss und dann, wenn das Prozedere erfolgt ist, auch in diesen Gemeinderat kommt, ausdrücklich festhalten, dass daher auch die Bebauungsdichte, die bis 2,4 plus/minus als möglich erachtet wird, entsprechend den gesetzlichen und verordnungsmäßigen Bestimmungen, dass die nur dann ausgeschöpft werden kann, das haben wir in der Hand, wenn auch die vertraglich festgelegten Bedingungen auf Punkt und Strich eingehalten werden. Ich möchte auch darüber hinaus festhalten, dass wir den Beschluss dann als zweiten Beschluss über den Flächenwidmungsplan unter einem Vorbehalt von zwei Punkten beschließen werden, weil es noch ein Attest des Umweltbundesamtes vorzulegen gilt wegen der Bodenkontaminationen und auch

noch wegen der grundbücherlichen Situation, weil hier eine Übertragung von einem Obereigentümer an den Untereigentümer stattfinden soll, mit dem dann der Vertrag zu schließen ist. Wenn das alles so erfolgt dann und alle Bedingungen eingehalten werden, dann wird der Vertrag erfüllbar und wenn wir diese Fläche, die wir uns erwarten als Wohnfläche, ich wiederhole Bürofläche und Wohnfläche, beide Funktionen sind in diesem Gebiet vorgesehen, und wenn wir das erfüllen können, wird es auch einen Topf, ähnlich wie bei Reininghaus, geben, der mit Erlösen, die genau festgelegt sind, zu speisen ist, um Ausgaben, wie die die besonders im Nachhaltigkeitsbereich liegen und in diesem Smart City beinhalten, auch entsprechend finanzieren zu können. Es soll dort ein Wissenschaftsturm, ein Auftriebskraftwerk und, und, und errichtet werden. Ich möchte mich nochmals bedanken bei allen, die diese Stücke intensiv vorbereitet haben. So weit zum Stück Smart City (*Applaus ÖVP*).

In dem Stück 3.21 Flächenwidmungsplan sind noch sieben weitere Flächenwidmungsplanänderungen, die teilweise schon den Gemeinderat beschäftigt haben und auch den Ausschuss. Ich darf gleich sagen, dass es hier auch in einigen Punkten keine Einstimmigkeit gibt, was noch zu erwähnen sein wird, aber gerade, was die Smart City betrifft, war im Ausschuss bis auf eine Stimme Einstimmigkeit und es wird mir signalisiert, dass wir heute von allen Fraktionen die Zustimmung erhalten können. Darum ersuche ich auch nochmals. Die weiteren Punkte des 3.21 Flächenwidmungsplans sind ein Aufschließungsgebiet Neuseiersbergstraße, noch einmal Müllgangweg Erschließungsstraße, weitere Deckplankorrekturen, das Bootshaus an der Mur, Stützpunkt Gewässeraufsicht, Kleingartenanlage Salfeldstraße, wieder St. Leonhard, Bebauungsplanpflicht, Deckplan 1, und in der Köstenbaumgasse. Der letzte Punkt, ich wiederhole, ist der 3.21 Änderungsvorschlag für das Gebiet Graz Mitte Smart City. Wir haben vorgesehen, dass wir hier in der Reihenfolge zuerst über den Vertrag abstimmen, der den Bürgermeister ermächtigt, diesen Vertrag mit den zwei Liegenschaftseigentümern im Wesentlichen, das ist Abis für Raiffeisen und das ist die Timo, das ist die Raiffeisengesellschaft und der AVL List

beziehungsweise der Abis abzuschließen. Ich ersuche daher, zuerst über den Vertrag Stück 20) abzustimmen und danach über den 3.21 mit insgesamt acht Punkten. Danke für eure Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Zu Punkt 20):

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung und des Ausschusses für Verkehr den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ermächtigt, die vorliegende zivilrechtliche Vereinbarung „Smart City Projekt – Graz Mitte“ zu unterfertigen.
2. Die Stadt Graz und die Grundeigentümer kommen überein, dass dem Smart City Projekt weiterhin hohe Priorität eingeräumt wird. Die Umsetzung der zukunftsfähigen Projektteile ist ein gemeinsames Anliegen und wird durch abgestimmte Verwertungs- und Marketingmaßnahmen begleitet.

Zu Punkt 9):

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

1. Den 3.21 Flächenwidmungsplan – 21. Änderung 2013 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 8 Punkten,
2. die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.55 Uhr den Vorsitz.

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank für die ausführliche Berichterstattung, Peter. Zuallererst möchte ich anführen, wir werden beinahe allen Änderungspunkten Flächenwidmungsplanänderung 21 zustimmen und sind nur beim Punkt 3, das ist Bootshaus an der Mur und Gewässeraufsicht Ruderklub Murfelderstraße, einer anderen Ansicht. Das ist im Ausschuss so vorangemeldet und ersuchen, den Punkt 3 gesondert abzustimmen, den Rest gerne im Paket. Also von der Flächenwidmungsplanänderung von den vorhandenen Punkten nur den Punkt 3 gesondert. Zu Smart City und dem Vertrag, den die Stadt Graz wirklich bis spät in die Nacht und quasi bis zur letzten Minute erarbeitet hat, mag ich feststellen, dass Smart City natürlich auch für uns Grünen ein positiv aufgesetztes Projekt ist, das den Anspruch moderner Stadtentwicklung, heutiger Stadtentwicklung, weitestgehend erfüllt auf Basis dessen, was beabsichtigt ist und hoffentlich auch zur Umsetzung gelangt. Es ist dieser Vertrag, glaube ich, noch ein Stückchen weiter gehend und für uns noch vorteilhafter als es etwa der Reininghausvertrag war, wo ja schon Ähnliches passiert ist, hier erscheint mir die Verpflichtung, die Vertragspartner, die Investoren und Eigentümer übernehmen, noch ein Stückchen weiter gehend. Was für uns auch ein sehr positiver Zugang ist im Vergleich zu den üblichen Herangehensweisen bei Bebauungsplanungen, wo der Flächenwidmungsplan eine gewisse Dichte aussagt, hier wären es 2,0 und dann im Bebauungsplan eine etwas höhere Dicht, hier im Vertrag ist einmal die 2,4 drinnen, zirka 2,4. Das wird natürlich begründet in Bebauungsplanaufgaben... bei den BürgerInnen, AnrainerInnen etc. Hier kann man schon vorab auf Basis von Erfordernissen und von Vereinbarungen sagen, dass es diese Überschreitung geben könnte und zwar genau bis zum Punkt 2,4, wenn alle Vertragspunkte, ich sage jetzt einmal, Klammer auf (weitestgehend) Klammer zu, eingehalten werden. Das ist für mich ein guter, wichtiger Schritt auch im Umgang in der Kommunikation zur Öffentlichkeit zu den BürgerInnen und ich würde mir wünschen, wenn man das hinkünftig auch im Rahmen von zumindest wichtigen Bebauungsplänen auch in der dann geeigneten kleineren Form in Aussicht nehmen

könnte. Also wir stimmen zu, ersuchen nur bei der Flächenwidmungsplanänderung um gesonderte Abstimmung unter Punkt 3 (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Ein paar Worte auch von meiner Seite. Ich möchte mich einmal auch öffentlich bedanken bei allen Projektpartnern, die wir hier haben, das waren ganz, ganz schwierige und zähe Verhandlungen. Sie waren aber doch, auch vor allem jetzt zum Schluss, schon sehr stark von dem Geist getragen, den wir brauchen, ein so ein Herzeigeprojekt und eine solche Modellregion in Österreich überhaupt zu verwirklichen. Und im Besonderen auch ein Dankeschön an den Herrn Baudirektor, ein Riesen-Dankeschön auch an Bernhard Inninger als Abteilungsvorstand und allen Damen und Herren, die da mitgearbeitet haben. Allein gestern sind, glaube ich, noch über zehn Stunden wirklich intensivst verhandelt worden und das ist, glaube ich, einmal auch ein Dankeschön in Form eines Applauses wert (*allgemeiner Applaus*). Der Herr Baudirektor sitzt da. Das, was wir hier gemacht haben, und Herr Gemeinderat Dreisiebner hat es gerade angesprochen, normalerweise haben wir solche Vereinbarungen, wo es schon ins Detail geht, wo wir privatrechtliche Vereinbarungen schließen, noch gar nicht allzu oft gehabt hier im Gemeinderatssaal. Wenn wir sie gehabt haben, haben wir sie meistens beim Bebauungsplan und die Besonderheit ist, dass wir diesmal schon beim Flächenwidmungsplan darauf aufmerksam machen, dass eine Dichteüberschreitung ja möglich ist, aber eben nur unter gewissen Gesichtspunkten unter Einhaltung vor allem dieser Aufteilung der Flächen. Er unterscheidet sich schon intensiv auch von dem, was wir bei Reininghaus gemacht haben. Dort haben wir mit dem Grundeigentümer eigentlich vereinbart, dass er uns im Vorfeld rund 150.000 Quadratmeter Flächen abtritt und dass es auch eine zusätzliche Abgabe geben wird pro Bruttogeschossfläche, damit wir Infrastruktur leisten können. In diesem Fall haben wir sehr, sehr deutlich einen anderen Weg gewählt, weil wir auch zu

Freiflächen kommen wollen, aber diese Freiflächen zählen halt nicht mehr zur Dichte. Und wenn man das nachrechnen, wünschen wir uns halt alle, dass es dann gelingt im richtigen Mix 20 % Verkehr, 20 % Gewerbe, Handel was auch immer, Unternehmen und 60 % Wohnen, das sich das ausgeht. Besonders stolz bin ich ja, wenn wir das jetzt beschließen können, dass wir damit auch relativ rasch in die Umsetzung kommen können, das möge uns gelingen, dann, glaube ich, dass die Stadt Graz auch touristisch aber auch vom Ruf als Architekturstadt, vor allem auch in Richtung Green Technology neue Arten der Mobilität einfach die Nase vorne haben wird und sehr viele Menschen daher kommen werden und sich das anschauen werden. Da wird noch viel Arbeit dahinter stecken, wir werden dieses Stück in diesem Gemeinderat auch noch einmal dann haben, wenn es um die Bebauungspläne oder um den Bebauungsplan geht, ich nehme an, das wird uns auch ganz schön fordern, aber wir haben jetzt vorgesorgt, dass jeder Vertragspartner, auch die Stadt Graz, aber auch die Bürgerinnen und Bürger, die dort in der Nähe wohnen, wissen, was da passieren wird und ich freue mich, wenn man das jetzt auch da so einstimmig dann beschließen sollen (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Eben mein Kollege Christoph Hötzl hat die Festspiele schon gehabt. Als Planungssprecher darf ich noch kurz zu Smart City die Stellungnahme der Freiheitlichen abgeben. Wie gesagt, auch von uns natürlich die Zustimmung zum gesamten Paket Änderung Flächenwidmung, aber das Hauptstück trifft eben die Smart City. Gutes Projekt, hier fließen auch EU-Gelder in Teilbereichen herein, einmal was Gutes, wenn auch von der EU einmal aus dieser Richtung einmal was Gutes kommt. Das ist ja gerade für Freiheitliche nicht immer der Fall, wir kritisieren oft genug die EU, in dem Punkt helfen sie uns. Eckpunkte sind schon ausgeführt worden vom Ausschussvorsitzenden der Planung, von Piffli-Percevic, es ist ein ambitioniertes Projekt, wir haben auch im Ausschuss gehört, hier können bis

zu 1000 Wohnungen entstehen, das wird uns natürlich auch im Verkehrsbereich, und das trifft ja dann auch momentan uns Freiheitliche, uns vor Herausforderungen stellen. Also hier müssen wir auch gemeinsam dann dafür sorgen, dass Gelder zur Verfügung stehen, es wird in Zukunft ja angedacht, dass dort dann die Linie 3 in weiterer Folge verlängert wird, wenn entsprechend bebaut ist und die Notwendigkeit besteht. Beim Dank darf ich mich anschließen, Stadtbaudirektor federführend, alle Abteilungen, Stadtplanung, Verkehrsplanung und wir sind auch guter Hoffnung, dass das ein gutes Projekt wird (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich auch zum Abschluss Ihrer Wortmeldung wieder ein Hözl aufnehmen, dass Sie mir zugespielt haben. Sie haben gerade über die Europäische Union gesprochen, da möchte ich anmerken und da würde ich auch bitten, dass die Fraktion genauer hinschaut, das was in der Landeshauptstadt Graz durch EU-Projekte gelungen ist im Sozialbereich, im Wirtschaftsbereich, im Stadtentwicklungsbereich, im Jugendbeschäftigungsbereich, im Verkehrsbereich sollte man sich in Summe einmal anschauen, dann wird man draufkommen, wenn man nicht nur über ein Thema spricht, dass die EU sehr, sehr vielfältig mitgeholfen hat, dass Stadtentwicklung wirklich bei uns gelungen ist. Und jetzt sage ich nur Elmas, Urban und viele, viele Projekte, die wir gemacht haben, damit es im Grazer Westen jetzt auch zum Thema Integration dorthin kommt, wo wir eigentlich hin müssen, dass sich im Stadtgebiet in allen Bezirken die Menschen wohlfühlen, das möchte ich da noch anmerken und es wäre schön, wenn Herr Hahn, mit dem wir es schon besichtigt haben, dann aus dem nächste Fördertopf von 2014 bis 2020 auch für Smart City, für Reininghaus auch dann viel übrig hätte, wird auch von der Unterstützung des Landes wieder abhängen, weil die EU-Fördermittel werden leider nicht, wie es früher der Fall war, unmittelbar zu den Städten gehen, was ich sehr bedauere, aber auch verstehen muss, wenn der Föderalismus in diesem Europa nur in Österreich, Deutschland und

der Schweiz ausgeprägt ist, dass das auf der EU-Ebene kaum umzusetzen war. Wir werden ein paar Mittel für den städtischen Bereich haben, aber wir werden das Geld immer über das Land kriegen und da bitte ich dann auch immer wieder alle Gemeinderatsmitglieder, alle Stadtsenatsmitglieder, dass wir auch dafür werben, auch dafür Lobbying im Land Steiermark bei den Verantwortlichen machen, dass diese Gelder auch Graz zur Verfügung stehen. Wir brauchen sie besonders dringend, weil wir diese enormen Wachstumszahlen haben und auch wirklich viel investieren müssen in die Infrastruktur (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben im Ausschuss zugestimmt und werden auch jetzt im Gemeinderat diesem Stück zustimmen, Smart City. Im Unterschied zu meinem Vorredner beispielsweise haben wir aber nicht selbstverständlich zugestimmt, sondern haben uns schon sehr kritisch mit der ganzen Sachlage beschäftigt. Zunächst zum Vertrag mit den Liegenschaftseigentümern, da kann und muss ich sagen, also das ist wirklich ein aus Sicht der Stadt sehr guter und, ich möchte fast sagen, vorbildlicher Vertrag und auch von meiner oder von unserer Seite hier an alle Beteiligten besten Dank für diese Bemühungen. Was jetzt inhaltlich Smart City anbelangt, beim Flächenwidmungsplan hat es bei uns natürlich schon auch kritische Stimmen gegeben. Also beispielsweise war die Verkehrsproblematik, die ist ja bei Einwendungen immer wieder aufgetaucht, durchaus ein Thema und es ist, auch wenn man natürlich sich bemüht, diesen Stadtteil möglichst „verkehrsfrei“, unter Anführungszeichen, zu halten, so wird natürlich das anhand von tausend neuen Wohnungen, anhand von neuen Büro- und Geschäftsflächen es natürlich so sein, dass da eine bestimmte Verkehrsproblematik einfach auftauchen wird und der müssen wir uns sozusagen offenen Auges auch stellen. Zweite Problematik, die wir im Ausschuss ja auch sehr umfassend diskutiert haben, das ist die der Baudichte in diesem Gebiet. Da kann ich persönlich sagen, ich

habe mit einer Dichte von 2,4, wie wir es jetzt ja vorgesehen haben, oder im Flächenwidmungsplan beschließen wir jetzt einmal 2,0, mit dieser Vereinbarung werden wir dann in der Bebauungsplanung auf rund 2,4 gehen. Ich halte das, und es geht ja auch zurück auf einen Vorschlag von der Baudirektion und von der Stadtplanung, für sehr vernünftig, dass man nicht von Anfang an gesagt hat, wir gestehen 2,5 zu, sondern schränken uns jetzt auf 2,0 und im Zuge der Verhandlungen kann man es auf 2,4 dann sozusagen wieder erhöhen, ist eine sehr gute Vorgangsweise. Man muss natürlich auch konkret bei der Bebauungsplanung aufpassen, sage ich jetzt einmal, wie die konkrete Umsetzung dann auch ausschauen wird, vor allem auch, weil ja, wer das Stück gelesen hat oder sich ein bisschen mehr damit beschäftigt hat, hat das ja gesehen, weil wir es dort zu tun haben mit einem kontaminierten Boden und von da her die Unterbringung der Pkw in Form von Hochgaragen erfolgen soll und wird und wie diese dann konkret aussieht, also da muss man im Zuge der Wettbewerbe, die da stattfinden werden, und der Bebauungsplanung aufpassen, sage ich einmal. Und für uns ein wichtiger Punkt natürlich immer ist das Thema Wohnen. 1000 neue Wohnungen hört sich natürlich einmal sehr positiv an und ist es auch, aber es geht natürlich auch darum, Wohnraum zu schaffen für Menschen, die über ein nicht so gutes Einkommen verfügen und von da her sehe ich es auch als sehr positiv an, dass die ÖVP ihre Zustimmung quasi gegeben hat, dass man schauen wird, dass dann in der weiteren Entwicklung dann, was die zweite Phase anbelangt, dass dort tatsächlich bei der geplanten Schule auch neue Gemeindewohnungen entstehen. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch da möchte ich gleich dazusagen, dass wir den Bogen über alle Fraktionen, wenn ich so sagen darf, gespannt haben. Wir haben gerne zugesagt und ich kann das auch namens der anderen Fraktionen sagen, dass wir ja gewillt waren von Anfang an, dass dort auch dem sozialen Wohnbau Rechnung getragen werden

soll. Wir haben die Möglichkeit mit dem Grundstück vis a vis von der List-Halle einen Schritt zu tun, allerdings haben wir auch das Thema Schule noch mitzunehmen und mitzubehandeln. Es soll auf alle Fälle so sein, geht es sich auf diesem Grundstück aus, ist es ok, geht es sich nicht aus, werden wir halt wieder über eine Flächenbevorratung oder Anmietung auch in anderen Bereichen reden müssen. Aber auf alle Fälle habe ich von allen Fraktionen immer wieder signalisiert bekommen, selbstverständlich soll der übertragene Wohnbau in Richtung Gemeindewohnungen dort gelegt werden und das haben wir euch auch gerne noch einmal bestätigt (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt 20) wurde mit Mehrheit (gegen Piratenpartei) angenommen.

Der Punkt 3 des Tagesordnungspunktes 9 wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Die Punkte 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 des Tagesordnungspunktes 9 wurden einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Wohlfahrt

10) StRH-034836/2013

Verkehrerschließung Reininghaus

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gemeinderat! Wir haben hier wieder den Sonderfall einer nachträglichen Projektkontrolle. Die meisten werden

sich erinnern können, wir haben vor dem Sommer noch sechseinhalb Millionen, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, freigegeben für die Erschließung, für die Grobplanung, für die Feinplanung, Entschuldigung, für die genauere Planung der Verkehrserschließungsprojekte in Reininghaus. Es geht hier um die Planungskosten, es geht noch nicht um die Durchführung und dieser Beschluss, sechseinhalb Millionen, in die Planung zu stecken, unterliegt natürlich der Projektkontrolle durch den Stadtrechnungshof. Es sind genau 6,5 Millionen inklusive Umsatzsteuer und der Rechnungshof hat das alles für sinnvoll, nachvollziehbar und gut befunden, empfiehlt, das zu machen, was wir eh schon beschlossen haben, aber es ist wichtig, dass man, wenn das aus zeitlichen Gründen nicht rechtzeitig funktionieren kann, dass man das dann im Nachhinein noch anschaut. In dem Fall alles bestens, der Rechnungshof und der Kontrollausschuss empfehlen, dieses Projekt umzusetzen, ein Teil davon wurde inzwischen weitergeleitet an die Holding, die Dreier-Planung ist ja auch da drinnen, aber es geht halt um die komplette Verkehrserschließung Reininghaus. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht, sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Hohensinner

11) StRH-041906/2012

Subventionen und Sponsoring im Haus
Graz

GR. **Hohensinner**: Werter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Mein Prüfantrag beschäftigt sich mit der Prüfung der Subventionen sowie des Sponsorings im Haus Graz und in der Stadt Graz. Die Ableitungen basieren auf einer Querschnittsprüfung. Es wurden aber auch einige Stichproben durchgeführt, einige Abwicklungen, da haben wir auch dazu im letzten Gemeinderat ausführlich diskutiert. Aus der Prüfung der städtischen Bereiche hat der Rechnungshof 30 Empfehlungen ausgesprochen, positiv wurde der jährliche Subventionsbericht hervorgehoben. Es wurde auch angeregt, dass man diesen Subventionsbericht auch im Internet veröffentlicht. Eine weitere Empfehlung ist, einen jährlichen Transferleistungsbericht zu erstellen. Der Rechnungshof zog den Schluss, dass die Stadt Graz bereits wichtige Reformschritte umgesetzt und sich zu einer wirkungs- und ergebnisorientierten Steuerung bekannt hat. Die Initiativen des Sozial-, des Stadtschul- und des Kulturamtes wurden gelobt. Aus der Prüfung der Holding wurden 22 Empfehlungen formuliert. Sehr gelobt wurde, dass die Holding in Richtung standardisierte Abläufe einiges bereits gemacht hat. Sehr positiv wurde auch die Vorgehensweise gelobt, Fehler nicht nur zu beheben, sondern auch am System zu arbeiten, damit diese Fehler nicht noch einmal auftreten. Empfohlen wurde eine Reihe von Punkten, wie die bestehenden Richtlinien, weiterzuentwickeln, die Öffentlichkeit über die Ausrichtung des Sponsorings zu informieren, erwartete Gegenleistungen des Sponsorings festzuschreiben und die Zielerreichung zu dokumentieren. Der Kontrollausschuss hat dazu mehrere Sitzungen abgehalten, einige Punkte wurden bereits auch schon umgesetzt und der Kontrollausschuss hat bereits mehrheitlich, also wirklich breit mehrheitlich, den Bericht zur Kenntnis genommen und schlägt dem Gemeinderat außerdem vor, die noch offenen Punkte von der Klubobleutekonferenz weiterbegleiten zu lassen. Bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Kurt Hohensinner hat eh schon darauf hingewiesen, er wurde mehrheitlich beschlossen. Das liegt nicht daran, dass diese Empfehlungen nicht einwandfrei sind, das sind ganz wichtige Empfehlungen, die der Rechnungshof hier vorgebracht hat, noch dazu in sehr sensiblem Bereich. Subvention, Sponsoring in politischem Bereich, auch in politnahen Bereich durch die Holding ist natürlich ein wichtiges Thema, wo man genau hinschauen muss. Ich glaube, gerade deswegen sollten wir uns überlegen, was tun wir mit diesen Empfehlungen? Man kann jetzt zu den Empfehlungen sagen, ja, ja, passt schon und ablegen oder man kann sagen, wir nehmen die Empfehlungen sehr ernst und wir beschließen sie auch im Gemeinderat, was natürlich schön wäre, weil es waren sich alle im Ausschuss einig, dass die Empfehlungen passen. Es gibt ja null inhaltliche Kritik an dem Ganzen. Wie komme ich auf das, ja, ja und dann ablegen? Kurt Hohensinner hat auch den Transferleistungsbericht erwähnt, der in den Empfehlungen drinnen steht. Wenn man das ein bisschen genauer liest, dann wird man schon nachdenklich. In Wiederholung seiner Empfehlung aus den Jahren 1995, 2001, 2003 fordern wir wieder, Leute, das sollte uns zu denken geben, wie gibt es das, dass der Rechnungshof bereits dreimal etwas gefordert hat, jedes Mal wurde gesagt, das ist wichtig und es passiert nichts. Wie es das gibt, wissen wir alle, aber wir könnten dagegen etwas ganz Einfaches tun. Wir können sagen, wir leisten uns nicht den Rechnungshof als Feigenblatt, sondern wir nehmen das ernst, wir brauchen nichts anderes machen, als die Empfehlungen des Rechnungshofes einfach hier im Gemeinderat zu beschließen, das hat zur Folge, dass die angesprochenen Ämter,

Behörden, Firmen das umsetzen müssten beziehungsweise Bericht erstatten, warum sie es nicht tun. Es könnte ja sein, dass eine Empfehlung dabei ist, wo man daneben gegriffen hat, es ist ja nicht das Problem. Es ist ja nicht so, dass nachher sofort irgendjemand verurteilt worden ist, der das nicht macht, sondern die Ämter müssten nur sagen, wo hapert es, können wir uns das neu ausreden. Die einzige Chance, dass derartige Empfehlungen nicht in der Schublade enden, dass wir das hier jetzt beschließen, dagegen spricht ja offensichtlich nichts, es passt ja eh alles und dass das dann verbindlich wird. Ich glaube, das ist viel vernünftiger als die angedeutete Alternative, lassen wir die Klubobmänner drüber reden. Die Klubobmänner reden seit vielen Jahren über die Parteienförderung, was uns jetzt wieder auffällt, die Klubobleute machen dieses und jenes, was natürlich passiert, weil wir haben einen Rechnungshof der darauf schaut, lassen wir den weiter darauf schauen, beschließen wir hier diese Empfehlung als verbindlich und der Rechnungshof, wird ersucht und wird indirekt binnen zirka einem Jahr ein ... zu machen und uns mitzuteilen, aus amtlicher Sicht, aus Rechnungshofsicht, was ist umgesetzt, was geht vielleicht auch nicht, wo hapert es noch, was müssen wir noch machen. In diesem Sinne stelle ich einen Zusatzantrag, der Magistratsdirektor sagt, es ist ein Abänderungsantrag, sei es drum, es ist, glaube ich, völlig egal, dass diese Empfehlung des Stadtrechnungshofes eben nicht einfach Empfehlungen des Stadtrechnungshofes sind, sondern hier im Gemeinderat beschlossen werden, natürlich inhaltlich die völlig gleichen, ich will hier keine Änderungen haben. Aber wir würden das abändern, dass es ein Gemeinderatsbeschluss ist, dann zeigt es auch Wirkung. Ich finde das ein bisschen schade, wenn wir da einen Rechnungshof haben, der wertvolle Arbeit macht, die niemand in Zweifel stellt, aber dann eigentlich keine Verbindlichkeit darauf beruht. In der Geschäftsordnung Stadtrechnungshof steht genau das drinnen, deswegen stelle ich den Abänderungsantrag im Sinne von § 18 GO des Stadtrechnungshofes, genau dort steht das, dass wir es hier im Gemeinderat beschließen, ich hörte keine gegenteilige Vorbehalte und dann hat das Ganze auch Konsequenzen. Ich glaube, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass

der Abänderungsantrag durchgeht, war auch der einzige Grund, warum das im Kontrollgremium das nicht einstimmig beschlossen wurde. Im Kontrollausschuss haben wir es nicht durchgebracht, aber im Gemeinderat, nehme ich an, dass schon die Einsicht einkehrt und dass man das sicher beschließen kann. Es geht um einen hochsensiblen Bereich, wo man uns nicht anpatzen sollten und die Empfehlung des Rechnungshofes nicht umsetzen sollten. Ich glaube, das sind wir der Öffentlichkeit schuldig. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Thematik folgend, Herr Dr. Wohlfahrt, hätten wir ja vor einigen Jahren auch auf Empfehlung des Bundesrechnungshofes entscheiden müssen, dass die Stadt Graz nicht, wie haben Sie damals gesagt, wir legen viel zu konservativ unser Geld an, wir hätten dem Salzburger Beispiel folgen sollen. Ich möchte das nur einmal kurz erwähnen, weil das Thema mit der Unfehlbarkeit und auch mit unterschiedlichen politischen Meinungen, auch bei einer Empfehlung, ist ja in den Ausschüssen bisher diskutiert worden und sollte auch weitere Gesprächsbasis sein, weil es gibt durchaus Gemeinderatsstücke, die der Stadtrechnungshof prüft, wo es dann keine Einstimmigkeit gibt, wo sich auch die Grünen manchmal wahrscheinlich auch schon anders verhalten haben und wieso soll das zu einer Automatiklogik kommen, das ist das, was mittlerweile in den Klubs diskutiert wird und das wird auch noch weiter debattiert werden, so wie ich denke.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Herr Bürgermeister, danke für diese Empfehlung. Das Problem ist nur, im Kontrollausschuss wurde nichts kritisiert, wir haben gesagt, da passt irgendwas nicht von den Empfehlungen, es passt alles. Wenn alles passt, sollten wir das beschließen. Hätten Sie mich gefragt nach meiner Meinung zum

Bundesrechnungshof oder auch die vom Gerhard Rüschi, wir hätten beide gesagt, hoppla, der hat danebengegriffen, das kann passieren, deswegen ist ja nichts automatisch, deswegen soll er hier beschlossen werden, aber ich habe keinen einzigen Punkt von der ÖVP erfahren, der bei diesen Empfehlungen nicht passt, ich hätte gerne darüber diskutiert, war leider nicht möglich, hat jedem alles gepasst. Deswegen auch hier bitte beschließen (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn das ein Abänderungsantrag ist, dann ist er sehr generell verfasst und das dürfte auch eines der Probleme sein.

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Wir haben im Kontrollausschuss über diese Maßnahmen diskutiert und es sind relativ viele Maßnahmen drinnen gewesen. Wir waren uns auch einig, dass nicht alle Maßnahmen jetzt tatsächlich vom Gemeinderat beschlossen werden sollen. Herr Bürgermeister, wir haben das bei der Freiwilligen Feuerwehr gehabt, dass wir hier auch im Kontrollausschuss eingehend diskutiert haben und dann waren uns bestimmte Maßnahmen so wichtig, dass wir sie hier im Gemeinderat beschlossen haben und bei diesem Prüfbericht ist es ebenfalls so, deswegen war auch dann die Ausrichtung, dass die Klubobleute sich diesen Maßnahmenkatalog noch einmal genau anschauen sollen und dass das dann zurückgeht in den Kontrollausschuss und sozusagen dann die Maßnahmen beschlossen werden sollen, die dann über den Gemeinderat verbindlich sozusagen zu beschließen sind. So war die Vorgehensweise im Kontrollausschuss (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann danke ich, dem habe ich nichts hinzuzufügen. So wie der, ursprünglich Zusatzantrag, jetzt Abänderungsantrag formuliert ist, ist das ein genereller Beschluss des Gemeinderates, der da lautet: Dies hat zur Folge, dass die Empfehlungen im Sinne des § 18 (4) der GO des Stadtrechnungshofes abhängig von Aufwand bzw. Umfang umzusetzen sind. Das würde, wenn ich so sagen darf, alle betreffen, so ein Generalbeschluss. Ich weiß nicht...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...auf diesen Bericht hin, gut. Aber jetzt sind wir klar, ein Abänderungsantrag.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Haberler

NT 13) A 10/D-039319/2008/0113

Ersuchen an das Land Steiermark auf
Novellierung des Grazer
Altstadterhaltungsgesetzes 2008 –
GAEG 2008

GR. **Haberler:** Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen! Es geht um das Stück der Novellierung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes. Am 1. Juli 2008 hat der Steirische Landtag das Altstadtgesetz neu beschlossen. Da gibt es folgende Änderungen, dass neben dem Erhalt der Altstadt auch die Aktivierung in der urbanen Funktion als Ziel gesetzt wird. Die Verordnung wird zum Gesetzesrang erhoben. Bisher galten nur Bauwerke als schützenswert, das soll jetzt auch für... bisher galten nur Gebäude, jetzt sollten auch Bauwerke als schützenswert gelten. Die öffentlichen Flächen bedürfen einer Bewilligung nach dem GAEG, verpflichtende Stellen der ASVK im Fläwi und Planungsausschuss und die Reduzierung der Kommissionsmitglieder von sechs auf je zwei pro Stadt und Land, also vier Mitglieder. Geplant sind Überlegungen, auch die Grenzen der Schutzzonen neu zu ziehen, konkret geht es hier um UNESCO Weltkulturerbe beim Schloss Eggenberg und ich bitte um Zustimmung des Gemeinderates.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

1. Der gegenständliche Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter wesentlicher Beteiligung von VertreterInnen der Stadt Graz zur Überarbeitung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes 2008 – GAEG 2008 wird von der zuständigen Fachabteilung an den Landesgesetzgeber weitergeleitet und der zuständige Landesrat ersucht, die Einrichtung der Arbeitsgruppe und in Folge die rasche Umsetzung des Novellierungsvorschlages in die Wege zu leiten.

3. Die Magistratsdirektion wird mit der Koordinierung der zuständigen städtischen Fachabteilungen, allenfalls unter Einbindung externer Fachleute, beauftragt.

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzte Novellierung hat uns auch auf Wunsch der KPÖ 2008 den Altstadtanwalt beschert, es war eine großartige Sache, eine Position, auf die wir wirklich in Graz nicht mehr verzichten können. Wir werden diesem Stück hier zustimmen, warnen aber davor, die Schutzzonen zu verkleinern und wünschen uns einfach eine stärkere Gewichtung in der Besetzung in Bezug auf Historiker und Kunsthistoriker. Ich glaube, genau diese Berufsstände, diese Ausbildungen sind hervorragend geeignet, unsere Altstadt ohne etwaige Hintergedanken, die ich niemandem unterstellen möchte, die aber immer wieder auch ins Spiel kommen können, zu erledigen. Wir wissen genau, dass es der Berufsstand des Architekten natürlich auch beinhaltet, etwaige Neuplanungen ins Auge zu fassen und das kann natürlich leicht so ausgelegt werden, ob zu Recht oder zu Unrecht, dass hier auch andere Interessen als die des Altstadtschutzes zum Zug kommen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich kann mich dem vorher Gesagten anschließen und möchte dazu noch ein paar Sachen aufführen. 1999 Weltkulturerbe, 2003 Kulturhauptstadt und ich hätte jetzt noch einen Wunsch hinzuzufügen, dass es irgendwann einmal die Hauptstadt der Bürgerbeteiligung wird. Und deswegen habe ich da jetzt auch einen Zusatzantrag, der, glaube ich, eh schon bekannt ist, zu dem Thema, der im Endeffekt lautet: „Der Landesgesetzgeber wird ersucht, in der Entstehung der Gesetzesnovelle

den Grazer Bürgerbeirat miteinzubinden.“ Damit der in den Prozess der Entwicklung eingebunden wird und wieder auch Bürgerbeteiligung ein bisschen drinnen haben. Dankeschön.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir Freiheitliche begrüßen auch dieses Ersuchen ans Land Steiermark, wir haben auch schon gesehen, dass das überfällig ist, es ist schon vorsichtig angesprochen worden, die ASVK, die Sachverständigenkommission hat jetzt teilweise eben eine andere Rolle eingenommen, es wird auch vorsichtig sozusagen im Bericht formuliert. Also sie sprechen auf der einen Seite beim kleinen Bauherrn mit, wenn es um den Festereinbau geht, wo man ab und zu sieht, dass das halt auch sehr überfordernd und strapazfähig ist, auf der anderen Seite rufen sie dann Wettbewerbe aus und machen Arbeit oder übernehmen die Funktion der Grazer Stadtplanung, da muss man halt auch überlegen, ob das nicht momentan schon zu weit geht und der Kollege Fabisch hat das angesprochen mit der Doppelrolle. Die ASVK-Mitglieder sind ja oft selber Architekten, die in diesen Gebieten planen und bauen wollen. Vielleicht, wie gesagt, unter Zuziehung von Historikern und anderen Leuten ist da sicher gut. Also wir sehen auch, dass man da auf eine bessere Basis kommt mit einer neuen Geschäftsordnung und werden zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke jetzt schon vorweg für die breite Zustimmung, ich habe dieses Stück gerne eingebracht, ich habe es auch dringend eingebracht, weil es eben mehrere Beweggründe gibt, da was zu verändern. Ich komme noch einmal auf das, was uns gelungen ist 2010 mit dem Weltkulturerbe Eggenberg, zu sprechen. Wir haben, da geht es jetzt um die Zonen, soll was verkleinert oder vergrößert werden. Es

geht darum, dass wir auch der UNESCO versprochen haben, dass wir den Korridor, wenn ich so sagen darf, vom Hauptplatz bis zum Schloss Eggenberg besonders sichern und wahren, nämlich das, was zu sichern und zu wahren ist und da gilt es, einige Grenzziehungen nachzuvollziehen. Es wurde im Jahr 1980 auch damals relativ schnell wurden damals Grenzen festgesetzt, die zum Teil um die Spur erweitert gehören, zum Teil gibt es heute auch Dinge, die man wieder verkleinern kann. In Summe wird das aber eine doch starke Vergrößerung des Weltkulturerbeschutzes in unserer Stadt bedeuten. Ein Punkt, der zweite Punkt, wir haben genug Diskussionen in den letzten Monaten und in der letzten Periode gehabt, die darauf hindeuten oder immer wieder die Rede davon ist, ist das alles noch vereinbar, wie stark ist der Architektenanteil etc. Gerade die Stadt Graz hat bei Entsendung ihrer Mitglieder auch immer sehr stark darauf Wert gelegt, dass Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker hineinkommen, wir sollten auch das Land ersuchen, über dieses Thema der Unvereinbarkeit ernsthaft mit uns eine Diskussion zu führen und das zu ändern. Mir ist, wenn ich so sagen darf, aber auch wichtig, klar zu sagen, dass man bei der ASVK zwei Sachen haben, das eine ist gesetzlich geregelt und das andere ist die Geschäftsordnung, die sich die ASVK selbst gibt. Ich denke mir, dass einige Punkte, die jetzt in der Geschäftsordnung drinnen sind, eigentlich auch gesetzlich geregelt gehören, dann haben wir auch die Themen, die wir zuvor jetzt angesprochen haben, wieder weg. Und deswegen hoffe ich, dass das Land Steiermark relativ schnell auch da unseren Novellierungswunsch aufnimmt, darf auch alle Kollegen wieder ersuchen, mit den verantwortlichen Kollegen der eigenen Fraktion im Land zu sprechen, dass wir da möglichst bald zu einer Neuerung kommen. Und das, wogegen ich mich wirklich ausgesprochen habe, und wo ich von Stadtplanung, von Baudirektion, von allen Planern unterstützt werde ist, die ASVK hat einen gesetzlichen Auftrag, der da lautet: Gutachter zu sein. Gutachter für das, was Stadtplanung oder Bauwerber auch im Widerstreit entwickeln oder manchmal auch gemeinsam entwickeln, dass die ASVK mit einem Gutachten drüberschaut, dass aber von Seiten des Landes Geld gegeben wurde, dass plötzlich die ASVK selbst Wettbewerbe durchführt und quasi an der Stadtplanung vorbei, dann

direkt in die Baubehörde möchten mit den Projekten, halte ich für eine Vorgangsweise, die nicht gerechtfertigt ist und die durch dieses Gesetz auch nicht abgedeckt ist. Das heißt, hier hat die ASVK in letzter Zeit erheblich ihre Befugnisse überschritten, sie hätten Gutachter sein sollen und sie wollten urplötzlich, wenn ich so sagen darf, das Stadtplanungsamt aushebeln und mit dem können wir nicht einverstanden sein, deswegen auch dieser Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Danke für die Initiative, die hier vom Herrn Bürgermeister beziehungsweise von den Ämtern gekommen ist. Wir haben auch lange überlegt, ist es höchste Zeit oder rechte Zeit, wahrscheinlich ein Stückchen von beidem. Dass Kunsthistoriker und nicht nur Architekten in der Altstadtsachverständigenkommission sein sollen, ist mir auch sehr wichtig, die sollen ein dementsprechendes Gewicht erhalten, ich bin aber nicht ganz der Meinung, dass man Architekten komplett aus der ASVK...

Zwischenruf GR. Stöckler: Das ist bereits der Fall.

GR. **Dreisiebner:** Was ist schon der Fall? Die sollten dort auch sein, es darf nur keine dementsprechende Interessenskollisionen oder vielfältige Interessenslagen geben, das sollte gesichert sein und da gibt es ja dazu ganz gute Modelle, dass man so etwas sicherstellt. Das andere ist, natürlich gibt es diese Befugnisüberschreitungen, davon haben wir schon öfter gehört. In Bezug auf den Passus Anpassung der Schutzzonen ist natürlich auch für uns der Gedanke schnell da, dass vielleicht aus der Zone IV, im

Bereich der Zone III, also die dörflichen Schutzgebiete oder die erweiterte Schutzzone, dass da unter Umständen was in Richtung Minimierung ein Teil des Vorhabens sein könnte. Ich hoffe, dass das nicht der Fall ist und ich werde mich auch dafür oder wir werden uns hoffentlich alle dafür einsetzen, dass das nicht der Fall ist. Die Ausweitung Richtung Eggenberg ist super und ich schließe mich auch vollkommen an, dass wir hier zum einen die Stadt Graz bei der Besetzung der ASVK wieder mehr Beziehung bekommen sollten, vielleicht durch die Funktion, dass man etwa Nominierte vom Land ablehnen kann als eine mögliche Variante und wir sind auch dafür, den Zusatzantrag vom Kollegen Pacanda zu unterstützen, denn die BürgerInnen hier mithinein zu nehmen, halte ich für sehr, sehr wichtig. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Pacanda wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Haßler

NT 16) A 8-21795/2006-77

MCG Graz Betriebs GmbH;
Sanierungs- und Investitionsbedarf
Congress Graz Albrechtgasse;
Genehmigung Budgetüberschreitung

GR. Mag. **Haßler**: Ich darf berichten, dass die Messe Congress Graz Genossenschaft im Jahre 2006 die Geschäftsanteile der Stadt Graz und der Steiermärkischen Sparkasse am Grazer Congress als Mieter übernommen hat, das ist im Stück falsch dargestellt, da steht Eigentümer, also es muss Mieter heißen, und die MCG beantragt

nun eine Budgetüberschreitung im Ausmaß von 2.750.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen, da die derzeitige Sicherheitstechnik nicht mehr dem gesetzlichen Stand entspricht. Die Details zu den geplanten Maßnahmen erspare ich uns, weil das kann man im Stück sehr gut nachlesen. Die Bedeckung muss vorläufig aus Mitteln der Stadt Graz unter Verwendung des freien Investitionsrahmens des Stabilitätspaktes sichergestellt werden, das sind diese sagenhaften 100 Millionen, von denen nur mehr 20 übrig sind nach dieser Gemeinderatssitzung. Und die Auszahlung als Großmutterzuschuss an die MCG wird frühestens 2015 erfolgen, jedoch nur insofern, wenn es bis dahin keine andere Art der Bedeckung im Konzern selbst gibt. Zuschüsse des Gebäudeeigentümers Steiermärkische Sparkasse werden derzeit noch verhandelt und wenn sie gewährt werden, werden sie dem Projekt gutgeschrieben. Der Finanzausschuss hat das ausführlich diskutiert und einstimmig beschlossen und ich darf daher die Annahme vorschlagen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

Die Mittelfristplanung des MCG Graz Konzerns wird in den Jahren 2013 bis 2016 um die genannten Investitionen für den Grazer Congress erweitert.

GR. **Luttenberger**: Ja, ich möchte es kurz machen, also wir stimmen seitens der KPÖ Graz dem Antrag zu, weil es ja um eine Institution in Graz geht, die historisch gewachsen ist und die es wert ist, dass das saniert wird, der Congress und der Stefaniensaal. Ich möchte nur sozusagen meine Wortspende nutzen, um hier um

etwas zu bitten, und zwar in der Teamzeitung steht ja drinnen, ein Haus für alle Bälle. Habe ich mir durchgeblättert und da hätte ich eine Bitte, und zwar geht es konkret um die Preisgestaltung von Maturabällen. Und ich weiß, das können wir nicht jetzt beschließen, aber was wir können, ist zu überlegen im Stadtsenat und in der Stadtregierung, ob wir nicht auf Perspektive rasch uns überlegen könnten, zumindest aber in der Zeit, wo diese Renovierung stattfindet, eine moderatere Preisgestaltung zu organisieren. Einige von euch haben ja Kinder, die haben schon Maturabälle abgehalten, mein Sohn war voriges Jahr dran, zwischen 14.000 und 18.000 Euro die Miete und das Problem ist, dass die Maturaklassen dort nicht allzu viel machen können. Sie können die Karten verkaufen, sie können Lose verkaufen, sie können ein paar Kekserl verkaufen und sie können ihre Maturazeitung verkaufen und meine Bitte wäre sozusagen, wir stimmen dem zu, aber meine Bitte wäre, ob man nicht doch rasch gemeinsam parteiübergreifend überlegen könnten, zumindest einmal in dieser Zeit dieses Umbaus eine moderatere Preispolitik zu überlegen zugunsten der Klassen aber auch zugunsten der Schülerinnen und Schüler. Das wäre meine Bitte (*Applaus KPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben dann noch zwei Stücke, weil ich eingangs ja schon gesagt habe, dass auch vom Nachtrag nicht öffentlich das Thema der kommunalen Dienstleistungen, also Sturzgasse 5-7 mit 15,85 Millionen auch öffentlich behandelt wird.

Berichterstatter: StR.ⁱⁿ Rücker

NT 21) A 23-028979/2013-0007

Immissionsschutzgesetz Luft, IG-L
Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung
(PM 10/NO₂)
6. Maßnahmenkatalog

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen! Ich könnte jetzt hergehen und dieses Stück im Detail hier vorlesen, das werde ich nicht tun, auch deswegen nicht, weil es im Umweltausschuss einerseits sehr intensiv diskutiert wurde und ich auch feststellen konnte, dass alle Mitglieder des Umweltausschusses aus allen Fraktionen sich sehr intensiv und sehr eingehend beteiligt haben und mit einer großen Ernsthaftigkeit sich mit dem Thema beschäftigt haben, da möchte ich einmal in diesem Zusammenhang ein sehr großes Danke aussprechen an alle Kolleginnen und Kollegen im Gemeindeumweltausschuss für das große Engagement. Was hier vorliegt, ist einerseits eine Evaluierung eines Maßnahmenplanes, der zuletzt gegolten hat, das war der 5. Maßnahmenkatalog, der 24 Maßnahmen umfasst aus allen möglichen Bereichen. So wie wir bisher alle miteinander wissen, dass man beim Feinstaub nicht mit einzelnen Maßnahme weiterkommt, sondern nur mit einem Maßnahmenmix. Dieser wurde evaluiert, vorgestellt und dann wurden Vorschläge eingebracht einerseits vom Umweltamt, aber eben auch von einzelnen Fraktionen, und im Ausschuss sehr intensiv diskutiert. Was ist jetzt das Besondere am 6. Maßnahmenkatalog? Wichtig ist, und das würde ich noch einmal beim Titel Ihnen in Erinnerung rufen, es handelt sich diesmal nicht um einen reinen Feinstaubmaßnahmenkatalog, es handelt sich um einen Maßnahmenmix, der der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung etwas entgegensetzen soll. Sie wissen alle, dass wir nicht unter Anführungszeichen „nur“ ein Feinstaubproblem haben in Graz, auch ist es ein europäisches Thema. Zunehmend wird die hohe Stickstoffdioxidbelastung zu einem Belastungsfaktor für die Grazer Luft und eben für die Gesundheit der Grazer und Grazerinnen und wir sehen, dass auch in anderen Bereichen hier schon dringend Maßnahmen ergriffen werden. Auch die

Europäische Union hat dem Land Steiermark gegenüber in diesem Fall, wenn es um die Stickstoffdioxidbelastung geht, in dem Fall keine Fristerstreckung zugestanden, wie das zuletzt beim Feinstaub war, das heißt, hier herrscht dringender Handlungsbedarf und ich kann sehr aktuell berichten, heute hat wieder eine Arbeitsgruppe zwischen Land und Stadt stattgefunden, auch auf Landesebene wird dieses Thema momentan sehr ernst genommen und ich höre, dass auch dort von den Fachexperten des Landes diesmal intensiv noch einmal Verkehrsmaßnahmen, auch verkehrsreduzierende Maßnahmen dem zuständigen Landesrat vorgeschlagen werden, weil bei der Stickstoffdioxidbelastung sehr eindeutig ist, dass die Belastung aus Verbrennungsprozessen mit Verbrennungsmotoren, also aus dem individualisierten, motorisierten Verkehr, zu 70 % als verantwortlich gelten. Das heißt, früher oder später und ich hoffe doch, früher, weil wir doch schon lange darüber diskutieren auch im Verkehr Maßnahmen zu ergreifen, dass wir nicht zu einem ungezügelten weiteren Wachstum kommen. Ich sage das auch deswegen, weil wir in Graz, und das ist auch etwas, was man immer wieder sagen muss, ganz besondere Bedingungen haben. Wir haben eine sehr nachteilige klimatische Lage, wir sind so in einer Belastungssituation, dass das Wetter und die Lage zwischen den Bergen uns zusätzlich beauftragt, noch mehr Anstrengungen zu unternehmen und wir sind eine sehr stark wachsende Stadt und auch das ist ein Faktor, der uns noch größere Anstrengungen als bisher abfordert. Sie wissen alle, wir haben in der letzten Periode auch sehr viel schon unternommen, insbesondere im Bereich des Fernwärmeausbaus ist ja auch schon sehr viel gelungen, aber auch in den anderen Bereichen zeigt die Evaluierung, dass etwas weitergegangen ist. Was jetzt dazukommt, wieder einmal dazukommt, ist, dass wir gemeinsam beschlossen haben im Ausschuss, einen Themenblock noch einmal genauer anzuschauen und genauer zu prüfen und das ist der Themenblock, wo es darum geht, die Kilometerleistung, die gefahrenen Kilometer im motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Wir werden in der Folge in den nächsten Monaten, und ich hoffe, dass wir bis zum Frühjahr da fertig sein werden, unterschiedliche Maßnahmen noch einmal im Detail mit

Fachleuten erläutert werden, das geht von der Frage, Sie haben es heute schon gelesen, von der City-Maut bis hin zur Frage, ob man in der Parkraumbewirtschaftung noch andere Maßnahmen setzen kann, um hier lenkender einzugreifen, um dann im Idealfall auf einer sachlichen Ebene, auf einer möglichst emotionslosen Ebene gemeinsam und möglichst übergreifend zu einer Entschlussfassung zu kommen, was wir in diesem Bereich weiterverfolgen und dann auch mit dem Land gemeinsam akkordieren. Aber, wie gesagt, auch auf Landesebene kommt es inzwischen zu Überlegungen in diese Richtung und vielleicht gelingt es uns diesmal nach der Absage der Umweltzone letztes Jahr vielleicht zu einer Verstärkung zu kommen. Aber eben, es geht nicht nur darum, es geht insgesamt um 32 unterschiedlichste Maßnahmen, die letztendlich alle zum Ziel haben, auf der Ebene der individuellen Ansatzmöglichkeiten für die Grazer Bevölkerung, aber eben auch als politische Steuerungsmöglichkeit, die Immissionen in diesen Bereichen zu reduzieren und damit für eine bessere Gesundheitssituation zu sorgen, denn das ist alles unsere Verantwortung, unsere gemeinsame. Ich ersuche Sie, diesen Antrag jetzt so zu unterstützen, wir haben ihn aufgeteilt, weil wir eben Maßnahmen drinnen haben, die schon fix umgesetzt werden können und Maßnahmen, die erst zu prüfen sind. Jetzt gibt es einen dreiteiligen Antrag, einerseits dass der Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen werden sollte, dann dass einmal daran gearbeitet wird, bei den Fragestellungen, die noch zu konkretisieren sind, dass diese dann ausgearbeitet werden und auch bewertet werden, damit man eine Entscheidung treffen kann und dass dann in Zukunft, und das ist immer der Sinn von einem Maßnahmenplan, die konkreten Projekte, wenn sie fertig sind, zur Umsetzung natürlich noch einmal in den Gemeinderat kommen und hier dann auch beschlossen werden können, wie das ja auch bisher der Fall war. Ich ersuche um Annahme und sage noch einmal danke auch dem Umweltamt für die gute Betreuung und die guten vorbereitenden und auch informativen Bereiche in diesem Bericht und danke an die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für die interessante und auch tief gehende Diskussion (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren im Gemeinderat, dem Stadtsenat, meine Damen und Herren auf der Zuschauergalerie! Es ist halt wie immer, der erhobene Zeigefinger wird zuerst hinaufgestreckt und dann wird erzählt, was alles machbar ist oder was gemacht werde müsste. Da wundere ich mich dann schon, wenn nicht im Vorfeld mit jenen Abteilungen, die ja auch an der direkten Umsetzung von solchen Maßnahmen beteiligt sein werden, gesprochen wird. Das heißt, ich wundere mich, dass in dem Fall meine Abteilung für Verkehrsplanung kurzfristig davor einmal eingeladen wird, hier teilzunehmen und sich dann einbringen soll. Meine Damen und Herren, das wird nicht machbar sein. Wenn man ein umfassendes Programm erstellen will und man wirklich interessiert ist an einer Umsetzung und einer Lösung, dann erwarte ich mir, dass im Vorfeld, wie es sich gehört, wie man unter, sage ich, wertschätzenden Kollegen miteinander kommuniziert nicht nur auf der Stadtratsebene, sondern auch auf der Ebene der Beamtenschaft oder der Ämter Kontakt aufnimmt, wenn man wirklich an einer Lösung interessiert ist (*Applaus FPÖ*). Ich sehe hier mehr wieder einmal die übliche Polemik, das übliche Vernadern und Schlechtreden und -schreiben der Stadt Graz, wie tragisch doch alles ist, wie furchtbar, die Leute sterben wieder und, und, und, jetzt haben wir den Feinstaub nicht mehr so im Fokus, jetzt haben NO_x herausgearbeitet, ja, das sind Probleme, meine Damen und Herren, wir wollen uns diesen Problemen nicht verschließen, wir nehmen sie ernst, wir nehmen sie wahr, es ist vieles passiert, es passiert vieles und auch aus den Reihen der Ämter passiert hier viel, was überlegt wird, aber wenn das nicht einmal abgeholt wird, weil man einfach selbstherrlich hergeht und sagt, wir wissen eh, wie die Welt funktioniert oder wie sie zu funktionieren hat, dann werden wir nicht Lösungen finden, weil dann gibt es kein Miteinander, sondern wieder ein Gegeneinander und wenn die Frau Kollegin sagt, es soll auf Basis seriöser Arbeit und nur auf Basis eben von lösungsorientierter Arbeit passieren, ja dann sind Sie eingeladen, dann laden Sie uns ein und lassen Sie uns mitarbeiten, aber schließen Sie uns nicht aus aus dem Ganzen, weil so wird es nichts bringen. Und wenn wir heute hier alles aufzeigen, was wir tun müssten und was halt

aus diesem Maßnahmenkatalog gemacht werden soll, dann frage ich Sie, wie finanzieren wir denn das? Ich höre von Ihnen immer nur, was wir alles zu machen haben, mit dem erhobenen Zeigefinger, aber Lösungen, wie wir das Ganze finanzieren, wie das Ganze umgesetzt werden soll, was für Auswirkungen das für die Stadt Graz hat auch in wirtschaftlicher Hinsicht, das fehlt mir (*Applaus FPÖ*). Das ist leicht, hier herzugehen und sagen, was man alles tun muss, aber nicht darüber nachdenken, was für Auswirkungen hat das, was heißt das für die Stadt Graz, was bedeutet das für den Wirtschaftsstandort Graz, das ist zuwenig, Frau Kollegin, das wird zuwenig sein. Da gilt, es sich abzustimmen, da gilt es auch zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die Dinge nicht in Graz lösen werden, europäische, weltweite Themenstellungen und Probleme werden wir da nicht lösen. Mit Kleinmaßnahmen ein paar Tonnen einzusparen und dann vorzugaukeln, das ist es jetzt und damit ist die Welt gerettet, das ist es nicht. Da gilt es hier die Europäische Union abzufragen, da gilt es, Voraussetzungen zu schaffen und es gibt auch nicht immer das Auto als das Böse hinzustellen, wir leben immerhin und wir kriegen auch Einnahmen aus einer Stadt, die sich in Graz auf die Fahnen heftet, die Industriestadt auch für den Automobilverkehr zu sein, wir haben große Unternehmungen, die sich damit beschäftigen, die Zukunft zu gestalten auch in Richtung Einsparung, auch in Reduktion von NO_x-Ausstoß etc., wir haben AVL, wir haben Magna etc., wir haben die technischen Universitäten, ja die tun doch alles was, man soll doch nicht so tun, als ob da eh nichts passiert und das, was wir im städtischen Bereich tun können, das tun wir. Sie haben es schon erwähnt, Sie haben schon erwähnt heute die Fernwärmeanschlüsse. Auch gehört dazu, weil Sie haben ja sehr viel in dieses Programm geschrieben aus Hamburg, in Hamburg gibt es ein ganz klares Bekenntnis, dass man den Verkehr flüssig gestaltet, keinen Stop-and-go-Verkehr macht, genau das setzen wir zum Beispiel um, also tun wir nicht so, als ob aus unserem Bereich nichts kommt, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Aber so werden wir es nicht lösen, das heißt, uns einladen, meine Ämter einladen, um an einer Lösung zu arbeiten und nicht uns auszuschließen und der Welt vorzugaukeln und den Grazern,

wir lösen die Problematik, Sie werden es nicht allein lösen, das können wir nur gemeinsam machen (*Applaus FPÖ*). Eines vergessen, es gibt noch einen Zusatzantrag, den unser Klubobmann einbringen wird, damit wir das Ganze ein bisschen auch in die richtige Bahn lenken können (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Es war eine sehr bezeichnende Wortmeldung vom Herrn Stadtrat. Nur ganz kurz zur Einladungspolitik, erstens wurde am bisherigen Maßnahmenplan von der Verkehrsplanung mitgearbeitet, auch an der Evaluierung und sie wurde zu jeder Sitzung eingeladen. Die Verkehrsplanung hat leider jedes Mal abgesagt, auch der Herr Stadtrat ist natürlich herzlich eingeladen, so wie ich hier auch ganz bewusst diesmal alle Fraktionen eingeladen habe, ihre Beiträge einzubringen und ich nehme an, dass im Klub darüber diskutiert wurde, ich weiß nicht, ob Sie dabei waren oder nicht, also diese Einladung steht natürlich. Ich habe nicht verstanden, warum die Verkehrsplanung nicht gekommen ist, sie war ja bisher immer beteiligt auch in den Arbeitsgruppen und war ja auch bei der Umsetzung der letzten Maßnahme beteiligt. Also hier frage ich mich, wie groß der Wille wirklich zu nehmen ist und mir ist ja ganz klar, dass ich es nicht alleine lösen werde, aber die Zusammenarbeit braucht zwei Seiten und ich höre immer nur, was wir alles da nicht schaffen werden. Ich glaube daran, dass wir sehr viel schaffen, das haben wir ja auch bewiesen mit dem Maßnahmenkatalog, der jetzt abgeschlossen wird, wo unterschiedlichste Ämter übergreifend miteinander gearbeitet haben und es besteht weiterhin die Einladung und natürlich die Notwendigkeit, dass die Verkehrsplanung und vor allem der Verkehrspolitiker in der Stadt hier auch aktiv mit dabei ist, also herzlich eingeladen zu den vertiefenden Diskussionen, dazu wird es ja einige Sitzungen geben, wir werden Sie immer dezidiert extra einladen und ich hoffe, dass diesmal auch die Verkehrsplanung wieder Zeit findet teilzunehmen. War auch bisher möglich und wurde auch dezidiert zu jeder Sitzung eingeladen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heuer bereits im Frühling die Zahl der zulässigen Tage mit Überschreitungen der Höchstwerte erreicht oder fast erreicht. Es ist also davon auszugehen, dass wir 2013 wieder die Zahl der Tage mit Überschreitungen der Grenzwerte erreichen werden. Dazu kommt, und das ist in dem Bericht auch sehr gut aufgezeigt, das Problem NO_x, das heißt, das ist ein weiteres gesundheitsgefährdendes Problem abgesehen vom Feinstaub und es ist höchste Zeit, dass wir alle möglichen Maßnahmen zur Reduzierung dieser Gefahren für die Gesundheit der Menschen in der Stadt Graz setzen. Und heute ist in der Zeitung einmal kurz erwähnt gewesen, dass es Maßnahmen sind, von denen keiner weiß, wie sie wirken. Das Problem ist, diese Sache mit dem Feinstaub ist dermaßen komplex, dass man schlichtweg nicht sagen kann, wenn ich Maßnahme a setze, dann bekomme ich Ergebnis b heraus, weil einmal viele, viele verschiedene Emittoren hier zusammenwirken und damit ein Problem ergeben und ich kann nicht sagen, hier ziehe ich an einer Schraube und dort tut sich jenes. Es ist einfach etwas komplexer und deswegen ist dieser Maßnahmenkatalog erfreulicherweise mehr als nur das, was das Umweltamt selbst umsetzen kann, es beinhaltet Maßnahmen aus verschiedenen Bereichen, für die auch verschiedene Bereiche, ich habe heute schon die Bau- und Anlagenbehörde angesprochen, zuständig sind. Übrigens zur Bau- und Anlagenbehörde, leider ist Elke Kahr jetzt nicht da, mittlerweile haben wir auch den Erlass dazu bekommen, es gibt tatsächlich eine gesetzliche Basis dafür, es ist nicht so, dass dieser Baustellenleitfaden ohne gesetzliche Basis sein würde, aber wir werden das dann sicher auch noch einmal extra klären. Was mir jetzt wichtig ist, ist zu sagen, dass auch wir als sozialdemokratische Fraktion Maßnahmen vorgeschlagen haben, die sich erfreulicherweise jetzt auch in diesem Maßnahmenpaket wiederfinden und eine der wichtigsten Maßnahmen dazu ist die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Ich bringe heute auch einen Antrag, der nicht als Dringlicher möglich war, aber als Antrag ein, doch dem Frischluftticket oder noch besser, einer Alternative, nämlich einer starken Reduzierung des Preises der Jahreskarte, eine Chance zu

geben. Ich glaube, dass das eine ganz wesentliche Maßnahme ist, Wien zeigt, dass die deutliche Reduzierung des Preises der Jahreskarte zu einem enormen Anstieg an Nutzern des öffentlichen Verkehrs geführt hat, vor allem eben der Jahreskartennutzer, das heißt, die die tatsächlich dauerhaft ihr Mobilitätsverhalten auch umstellen, und diesen Antrag konnte ich eben nicht als Dringlichen einbringen, möchte ihn aber als Antrag einbringen und wird dann hoffentlich auch entsprechend geprüft werden. Und das Zweite, was uns besonders wichtig ist, ist eben, dass verschiedene große Maßnahmen zur Reduzierung des Individualverkehrs in Graz geprüft werden und wie schon Stadträtin Rucker gesagt hat, es soll auf einer nicht emotionalen Basis passieren, es sollen Fakten passieren und daher wollen wir uns im Umweltausschuss eben Maßnahmenpaket für Maßnahmenpaket vornehmen und verschiedene Lösungen prüfen. Was, Gott sei Dank, und da muss ich sagen, Gott sei Dank, vom Tisch ist, ist die Umweltzone. Die Sozialdemokratie war ja gegen die Umweltzone und in der Volksbefragung ist auch dieses Ergebnis herausgekommen, dass die Umweltzone vom Tisch ist, sie ist aus unserer Sicht nach wie vor eine sozial benachteiligende Maßnahme, es trifft eben Menschen, die mit älteren Autos, die sich oft auch kein neueres Auto leisten können, wir stehen also nach wie vor dazu, dass dies nicht der beste Vorschlag war und mittlerweile zeigen auch Studien aus Städten, die die Umweltzone haben, dass die Wirkung nur sehr begrenzt da ist, das heißt, Umweltzone nein, aber es gibt viele Möglichkeiten, die wir uns jetzt anschauen werden. Ich persönlich freue mich sehr schon auf diese Prüfung und ich denke, wir schulden es den Bürgern und Bürgerinnen, vor allem den jüngsten Bürgern und Bürgerinnen, dass wir uns mit diesem Thema sehr intensiv auseinandersetzen. Danken möchte ich ebenfalls noch einmal dem Dr. Prutsch für die tolle Vorarbeit und freue mich schon auf die weitere Zusammenarbeit (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte jetzt einfach darauf hinweisen, dass ich als nicht unmittelbarer damit Befasster, aber als Beobachter einfach den Eindruck habe, dass in den letzten Jahren außer der Fernwärme, wo wir wirklich große Fortschritte gemacht haben, im Wesentlichen nichts passiert ist, wirklich nichts passiert ist. Nennen wir den Adressaten, der in erster Linie auch genannt werden muss, das ist das Land, weil das Land die Verantwortung trägt und ich finde es einfach katastrophal, wenn etwa das Land seit, wenn ich richtig informiert bin, seit 2008 keine neuen Daten veröffentlicht hat und 2008 sind die Daten auch zum Teil von 2001. Das heißt, es ist richtig, wie es heute in der Zeitung steht, wir wissen eigentlich gar nicht, wo wir stehen. Das ist aus meiner Sicht derartig unverantwortlich gegenüber der Stadt, und ich möchte es einmal sagen, ich sage das als Wirtschaftsstadtrat, ich finde das völlig unverantwortlich, dass man eine Stadt alle 14 Tage oder alle drei Wochen in der internationalen Presse und in der nationalen Presse als Feinstaubhochburg titeln lässt, um genau zu wissen, dass das der Stadt natürlich schadet und es schadet in erster Linie der Wirtschaft, es wird der Innenstadtwirtschaft schaden, das wird der Lebensqualität schaden und das einfach laufen zu lassen und da keine, zumindest einmal versuchen, Programme vorzulegen, die wirken. Selbstverständlich kann das sein, dass im Verkehr etwas passieren muss, selbstverständlich kann da sein, dass es uns weh tut, aber ich denke, mittel- bis langfristig ist es derart unverantwortlich, dass man hier nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung, denke ich, beim Land tatsächlich, und das ist auch klar, wer dafür verantwortlich ist beim Land, einen Vorstoß machen muss, dass wir wirklich gemeinsam hier die Situation verbessern. Ich kann es nur nochmals sagen, es ist für die mittelfristige Lebensqualität für den Wirtschaftsstandort der Stadt ganz, ganz

wichtig, und vielleicht noch ein kleiner Hinweis, lieber Mario, du sagst von Verkehrsverflüssigung, ich meine, du bist angetreten und hast gesagt, es wird grüne Wellen geben in der Stadt. Ich habe sie nicht gefunden, sie gibt es in der Wiener Straße, dort war sie aber schon vorher, du kennst meine Einstellung, ich bin überzeugt, dass das eben einfach nicht möglich ist, sondern ich glaube, das ist wirklich ein Versuch, der zu nicht sehr viel führen wird, weil wir einfach zu viel Verkehr in der Innenstadt haben. Wenn man das versucht zu regeln, so ist das, glaube ich, soll man das machen, wo es geht, das ist überhaupt keine Frage, aber es ist wirklich kein Allheilmittel für die Innenstadt und da hat sich auch nicht allzu viel geändert. Also nochmals von meiner Seite einfach den Aufruf, dass wir da wirklich gemeinsam beim Land einen Vorstoß machen, um hier tatsächlich einmal zu wirkungsvolleren Maßnahmen zu kommen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ganz kurz nur. Grüne Welle heißt emissionsoptimierte Ampelschaltungen, das wird uns möglich sein mit dem neuen Verkehrsrechner. Dass dort alle Autos jetzt durchraschen, ohne dass sie stehen bleiben müssen, ist klar, das ist aber eine Maßnahme, das ist auch eine Maßnahme, die zum Beispiel in Hamburg getroffen wird, das wissen Sie auch, Frau Rücker zum Beispiel, und dort wird ganz dezidiert gesagt, bevor nicht alles ausgenützt wurde, um den Verkehr zu verbessern, werden wir keine Fahrverbote machen. Das in einer sehr vorausschauenden und vorausplanenden Stadt und wir haben sehr wohl Dinge schon bewegt, wir haben zum Beispiel Grünabbiegemöglichkeiten geschaffen, die es vorher noch nicht gegeben hat, wo wir den Verkehr verflüssigt haben, ich sage zum Beispiel Schönaugasse/Schönaugürtel, dort funktioniert es auf einmal und das werden wir an anderen Orten in Graz auch durchführen, also es gibt sehr wohl Möglichkeiten. Das nur als Ergänzung (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Die diversen Lösungen in Ehren, auch natürlich billigere ÖV-Tickets, Jahreskarten, ich hoffe nur, in dem Antrag ist auch ein Finanzierungsvorschlag drinnen. Also das wäre, glaube ich, in dieser Sache notwendig. Ich bringe den Zusatzantrag ein, der erwähnt worden ist, um nämlich auch die Einladungs politik da in die richtigen Bahnen zu lenken und auch diesen Fauxpas zu korrigieren und deshalb, ja, dass eben die zuständigen Ämter eben...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: ...ja, nicht früh genug und auch mit der nötigen Vorbereitungszeit und um das geht es nämlich genau und deshalb bringe ich den Zusatzantrag ein, dass nämlich vor der Umsetzung der im Antrag erwähnten Punkte 2 und 3 die mit den Einzelmaßnahmen befassten Ämter eben aufgefordert werden, schriftliche Stellungnahmen abzugeben, die dann im zuständigen Ausschuss zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden. Bitte um Annahme dieses Zusatzantrages (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich wollte nur eine kurze Replik zum Kollegen Eustacchio. Ich würde da ehrlich gesagt an deiner Stelle sehr vorsichtig sein, zu viel zu versprechen mit grüner Welle. Wir sind uns einig, dass das, was ausgenutzt werden kann, ausgenutzt werden soll. Aber in der Tragweite der Wirkung wäre ich sehr vorsichtig, weil das nicht funktionieren wird. Wir haben Jahr für Jahr in der Innenstadt einen Verkehrszuwachs und jede Ampel, das ist, so simpel es klingt, vielleicht ist jede

Ampel, die grün zeigt, zeigt auch der Querrichtung rot und dort werden sich die Autos stauen...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Naja bitte, nein nochmals, ich spreche ja nicht gegen die Schönaugasse, ich sage es, dort, wo es möglich ist, ausnützen, da sind wir uns ja einer Meinung, aber zu glauben, damit kriegen wir das Feinstaubproblem irgendwie in den Griff, das...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, aber um das geht es ja und das war auch mein Vorwurf, dass wir gesagt haben, es ist einfach wichtig, dass wir uns den Beitrag, den wir von Seiten der Stadt leisten können, wie gesagt, hauptverantwortlich ist das Land, das ist ganz eindeutig. Was wir tun können, sollen wir tun, aber ich glaube, wichtig ist, dass wir dann beim Land vorstellig werden gemeinsam und das Land dazu zwingen, da tatsächlich endlich einmal wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Weil von Kapperl geredet wurde, jetzt setze ich noch einmal das Kapperl auf, das ich schon einmal auf hatte, nämlich...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Die Tarnkappe wäre besser.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: ...dass ich mich jahrelang mit der Verkehrspolitik in dieser Stadt sehr intensiv beschäftigt habe und natürlich habe ich aus dem heraus da genau beobachtet, was mein Nachfolger in dem Bereich so angreift. Jetzt höre ich zum hundertsten Mal den Verkehrsrechner, den er immer ankündigt, den ich ja letztendlich beschlossen habe und bestellt habe, aber es soll so sein, dass er bei meinen Projekten weiterarbeitet, das finde ich ja sehr schön. Was mir aber doch diese Woche sehr interessant erschienen ist, als ich in der Zeitung gelesen habe, da ging es um Zuwachs von Autoverkehr und Stau usw. und am Schluss schlägt dann unser Verkehrsstadtrat vor, so jetzt werde ich mich mal mit den Umlandbürgermeistern zusammensetzen und über eine Strategie reden. Ich fürchte, Mario Eustacchio, lieber Herr Stadtrat, Sie haben noch nicht einmal hineingeschaut in das, was in dieser Stadt eigentlich schon alles in den letzten Jahren aufgesetzt wurde und es gibt ein sehr umfassendes Verkehrskonzept mit Graz-Umgebungsgemeinden, alle Bürgermeister haben unterschrieben ist beim Land beschlossen, bei der Stadt beschlossen, Sie hätten vielleicht einmal mit dem Herrn Landesrat reden können, wo sehr konkret der Fahrplan auch im Sinne umweltschonender Verkehrspolitik mit ganz klaren Umweltzielen unterlegt eigentlich da ist. Aber wenn man dann draufkommt, man müsste jetzt einmal anfangen zu diskutieren und hat noch nicht einmal gelesen, was eigentlich alles aufgesetzt ist, dann frage ich mich schon, wie innovativ und wie sehr Sie überhaupt bereit sind, eine Verkehrspolitik hinzugreifen, als immer wieder

von den Ampeln zu erzählen, wo wir alle wissen, dass das ein ganz ein kleiner Teil ist, der ein bisschen was in bestimmten Teilbereichen vielleicht bewegt, aber insgesamt haben wir ein Thema mit der Menge der fahrenden Fahrzeuge in der Stadt und wir werden dem nicht einfach nur zuschauen können und auch das werden Sie irgendwann einmal realisieren müssen und das Herumreden und irgendwie Andeuten, dass man vielleicht sich überhaupt nicht beschäftigt hat mit den konkreten Fakten, ist zuwenig und das habe ich mir jetzt wirklich ein Jahr lang angeschaut und es ist doch ein bisschen dünn, was bis jetzt da ist (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wir haben uns seit dem Frühjahr mit dem Thema Feinstaub intensiv beschäftigt und es war wirklich eine hervorragende Zusammenarbeit über alle Fraktionen hinweg. Es hat in letzter Zeit zahlreiche Ausschüsse gegeben, außerordentliche Ausschüsse, wo wir uns mit dem Thema beschäftigt haben. Es hat Einladungen gegeben, auch an die Verkehrsabteilung, sowohl zu dem letzten außerordentlichen Ausschuss als auch zu dem Ausschuss, der gestern stattgefunden hat. Diese Einladungen sind über eine Woche vorher ausgesprochen worden, also wenn man an einem Ausschuss teilnehmen will, dann kann man das durchaus machen. Ich glaube auch nicht, dass der Herr Dipl.-Ing. Kroissenbrunner nicht teilnehmen will, ich glaube eher, dass er die Order hatte, nicht teilnehmen zu wollen. Ich weiß auch nicht, was mit dem Fauxpas gemeint ist, vielleicht, dass die Zusammenarbeit mit der Kollegin Schleicher so gut funktioniert hat im Ausschuss, keine Ahnung, Sie sprechen für mich teilweise in Rätseln und das ist einfach ein politisches Spielchen, was Sie hier treiben.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Schartel: Oder wer?

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Was mich auch sehr wundert, wie Sie den Wirtschaftsstandort definieren, Herr Stadtrat. Glauben Sie, dass ein Wirtschaftsstandort Graz wirklich nur mit einem wachsenden Individualverkehr verknüpft werden kann? Ich darf Ihnen sagen, wir haben uns in der Wirtschaftsstrategie in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wir haben uns auch damit beschäftigt, dass es zahlreiche internationale Firmen gibt, die mit dem Problem konfrontiert sind, dass Top-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter wenig motiviert sind, nach Graz zu kommen. Warum sind sie das, weil sie in den Zeitungen lesen, dass wir ein Feinstaubproblem haben. Das ist genauso ein Problem, dem wir ins Auge schauen müssen und ich finde, dass Sie einen einseitigen Blick haben auf das Thema Wirtschaft. Und grundsätzlich pfeifen das eh schon die Spatzen vom Dach, dass Sie auch Aktivitäten gegen, also Aktivitäten, die verkehrsbeschränkend sein könnten, auf Landesebene verhindern, wir hören da auch immer wieder, dass Sie quasi die Politik dort bestimmen. Ich finde das wirklich schade, und um jetzt zu diesem Zusatzantrag zu kommen, ich meine, was wir beschließen wollen ist, dass Maßnahmen ausgearbeitet und bewertet werden, aber nicht beschlossen werden. Und wir wollen, dass umsetzungsreife Maßnahmen mit den dazugehörigen finanziellen und finanztechnischen Erfordernissen ausgearbeitet werden. Es geht hier nicht um Umsetzung, der Beschluss wird erst danach im Ausschuss und im Gemeinderat gefällt. Was Sie hier mit dem Zusatzantrag verlangen, ist ja, dass wir eine Prüfung vorher noch einmal prüfen und wenn wir in der Wirtschaft so agieren, dann würden wir nicht sehr weit kommen, weil das ist total entschleunigend und daher werden wir diesem Zusatzantrag sicher nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und GR. Pacanda) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir haben jetzt einmal den öffentlichen Teil der Tagesordnung erledigt, der Nachtrag 3), Holding Graz, den haben wir schon erledigt. Ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu einmal zu unterbrechen.

Der Gemeinderat wird von 17.15 Uhr bis 18.05 Uhr unterbrochen.